

# **b** unabhängige **auernstimme**

Januar 2005

Nummer 274 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Dagenbach

## **Stadt braucht Land braucht Stadt**

### **Auf Schatzsuche fürs Land**

Sparpläne drohen, die 2. Säule verhungern zu lassen, statt sie zu stärken · ein neuer Finanzierungsvorschlag geht in die Offensive **Seiten 11 - 14**

### **Kleine Macht, große Macht**

Verbände einig: 40 Cent fürs Kilo Milch · IG-Milch mit Aktionen beim Handel erfolgreich · Mammutfusion Campina Arla **Seiten 6, 7 und 16**

### **Durchhaltevermögen gefragt**

Existenzgründung in Ostdeutschland: Hürdenlauf gegen Behörden und Politik · Interview mit Jörg Klemm, AbL Sachsen · eine Bäuerin erzählt **Seiten 8 und 9**

**Die Seite 3**

**AbL am Puls der Zeit** ..... 3  
Positionsbestimmung auf der Jahrestagung in Altenkirchen

**Agrarpolitik**

**Nutztierhaltungs-Verordnung auf Eis** ..... 4  
**Volksbegehren für den Wald knapp gescheitert** ..... 4  
**Ergebnisse des Erprobungsanbaus unbefriedigend** ..... 5  
**Zwischneidige Abstimmung zum Gen-Mais** ..... 5

**Milch**

**Zielgröße 40 Cent für den Liter Milch** ..... 6  
Milch-Arbeitskreis in Altenkirchen  
**Wenn 300 Traktoren einkaufen fahren** ..... 7  
IG-Milch in Österreich protestiert erfolgreich  
**Mammutmolkerei soll's richten** ..... 16  
Geplante Fusion von Campina und Arla umstritten

**Bewegung**

**„Existenzgründungen, um bäuerliche Kultur zu erhalten“** ... 8  
Interview mit Jörg Klemm, AbL-Vorsitzender in Sachsen

**Schwerpunkt**

**Ländliche Entwicklung** ..... 11-14  
Die 2. Säule der EU-Agrarpolitik ist in Gefahr  
Finanzvorschlag zur Sicherung der 2. Säule  
Interview mit Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf  
Kofinanzierung mit privatem Geld und Stiftungskapital

**Nachbau**

**Nur die Sorte zählt** ..... 15  
Pauschales Auskunftsersuchen hat keine Chance  
**Aussitzen durch Aussetzen** ..... 15  
Die kleinen Tricks der Saatgut-Treuhand

**Markt**

**Smithfield und seine Wegbereiter** ..... 17

**Internationales**

**Nichts zu feiern im Internationalen Reis-Jahr** ..... 18

**Weitere Themen**

In Stall, Feld und Umfeld bei Agnes Mocha und Familie Sirch, **Seite 9** · Wahre Stallbauinnovationen auf der EuroTier, **Seite 10** · Widerstand in Neuenfelde ungebrochen, **Seite 19** · Der Kritische Agrarbericht 2005, **Seiten 20-21** · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seiten 22-23**

## Inhaltsverzeichnis

Gute Statistik macht Mut. Die Mehrheit der Bevölkerung der 25 EU-Mitgliedstaaten lebt auf dem Lande. Es werden noch mehr, wenn Rumänien und Bulgarien oder die Türkei dazukommen. Da wäre es fair, der verbleibenden Minderheit in den Städten ein Angebot zu machen: Den EU-Haushalt teilen wir fifty-fifty.

Der Trend geht in die andere Richtung. Der Anteil der Agrarausgaben wird laut Beschluss der EU-Regierungschefs bis 2013 von 45 auf 35 Prozent heruntergefahren. Die Finanzen der ländlichen Entwicklung sind nicht gesichert. Zwar bestreitet niemand, dass die Einkommen der großen Mehrheit der ländlichen Bevölkerung weit unter denen der städtischen liegen und die wirtschaftliche sowie die soziale Infrastruktur auf dem Lande dringend verbessert werden muss. Aber das hilft nichts. Die politische Stimmung sagt: Bei der Landwirtschaft wird gekürzt.

Vor dem Hintergrund des weiterhin schlechten Rufes der EU-Agrarpolitik ist das verständlich. Die jüngsten Reformen haben zwar Anreize zur Über-

schussproduktion verringert, aber die ungerechte Verteilung der Fördermittel zwischen Betrieben und Regionen nicht beseitigt. Der

**Kommentar****Das Land kann mehr**

alternden Agrarlobby ist es gelungen, die frühzeitige Umwidmung der Produktsubventionen in eine integrierte ländliche Wirtschaftsförderung zu verhindern. Diese Blockadehaltung hat nicht nur die Position der EU in der WTO geschwächt, weil kein wirklich nachhaltiges europäisches Agrarmodell herausgekommen ist. Auch die Bauern verlieren Einfluss.

In den kommenden Monaten handeln die Regierungschefs die EU-Finanzen für die Jahre 2007 bis 2013 aus. Ob die neue Verordnung zur ländlichen Entwicklung (2. Säule) steht oder einknickt wird dann entscheiden. Die „Nettozahler“, die mehr in die EU-Kasse zahlen, als sie herausbekommen, wollen ihre Beiträge auf ein Prozent des Bruttosozialprodukts kürzen, auch Deutschland. Kommt das durch, wird das Geld für ländliche Entwicklung halbiert. Vielleicht wäre das Agrarbudget der 1. Säule bis 2013 gerettet, aber die Ausgleichszahlungen stünden ohne spürbaren gesellschaftlichen Mehrwert unter Dauerkritik – ohne Perspektive für das Land.

Wir brauchen stärkere ländliche Bündnisse und Förderstrukturen, die öffentliche und private Investitionen für eine Erneuerung der ländlichen Infrastruktur zusammenführen. Vielleicht eine Börse fürs Land, die in das Vakuum wächst, das die alte Agrarlobby hinterlässt. Wir müssen deutlicher zeigen, wo das Land Mehr-Wert hat und wo es sich lohnt zu investieren; was wir auf dem Lande leisten, um den Städten weitere Arbeitslose zu ersparen. Die Reform der Agrarpolitik hat die Prämien entkoppelt. Bevor sich die in den globalen Aktienmarkt verflüchtigen, müssen wir dafür sorgen, dass sie auf dem Lande Wurzeln schlagen.

Hannes Lorenzen, Berater im EU-Parlament

**Weihnachtsmeldung des Monats**

„Der Bedarf an Weihnachtsbäumen im gesamten Bundesgebiet wird auf ca. 26 Millionen Stück geschätzt, mit steigender Tendenz wegen dem spürbaren Trend zum Zweitbaum für den Garten oder Balkon.“

Nicht nur in der guten Stube, sondern auch davor hat der deutsche Bürger heutzutage gern einen Tannenbaum, meldet das Bundeslandwirtschaftsministerium am 30. November. Dann kann es ja nicht gar zu schlecht um uns stehen. Und noch ein wertvoller Tipp von höchster landwirtschaftlicher Instanz: „Je frischer ein Baum in den beheizten Räumen aufgestellt wird, desto später verliert er die Nadeln.“

**Impressum**

**b** unabhängige  
**bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Elke Dagenbach, Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf; Tel.: 023 81/49 22 20, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

**Verlag/ Aboverwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

**Satz:** Gebr. Wilke GmbH, Hamm

**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

## AbL am Puls der Zeit

„Politik und Gesellschaft verändern sich... Wie nehmen wir Einfluss? Wie bäuerliches Einkommen sichern und faire Preise erzielen?“ Die AbL hat auf ihrer Jahrestagung in Altenkirchen Grundsätzliches diskutiert. Inhalte, das Warum der Debatte und ein mutiger Blick in die Zukunft

Jetzt ist die Zeit, etwas zu verändern.“ Rainer Metzger, stellvertretender Chefredakteur der tageszeitung taz richtet einen Appell an die AbLer in Altenkirchen. Der Appell ist ein Fazit seiner Analyse zur Situation von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Deutschland. Zuvor hat Rainer Metz-



Rainer Metzger Foto: Erdmanski-Sasse

ger ein Bild der Gegenwart in unserem Lande gezeichnet: Der Arbeitsmarkt steht unter Spannung, Lohnabstriche gibt es inzwischen sogar für die Arbeiter der Automobilbranche, die sich bislang in starken Gewerkschaftshänden sicher gewiegt sahen, Deutschland exportiert mehr als je zuvor, trotzdem arbeiten nur noch 6 von 39 Millionen Erwerbstätigen hierzulande in der Produktion. Das Brutto sozialprodukt wächst, trotzdem zieht der Konsum nicht an, weil das Geld nicht bei den Haushalten ankommt. Vor allem im Osten Deutschlands entsteht eine Klasse von „working poor“ – Menschen, die zwar 40 Stunden die Woche arbeiten, aber dabei so wenig verdienen, dass sie trotzdem arm bleiben. Gleichzeitig: die real gezahlten Unternehmenssteuern sind in Deutschland niedriger als in der Slowakei, 40 bis 50 Prozent Steuern zahlen nur Klein- und Mittelständler, aber nicht die großen Konzerne, an die muss der Staat, wenn's dumm läuft, sogar noch Steuern zurückzahlen. Der Staat wird zwangsweise schlank, weil er kein Geld mehr hat, um einzugreifen. Und das Ganze findet öffentlich statt. Harte Zeiten gab es schon immer, ist Metzgers Meinung, das Besondere heute sei, dass „jeder durch die Medien, vor allem das Fernsehen, über alles Bescheid weiß“. „Das macht die Menschen einerseits zynisch, aber es macht sie auch ungeduldig. Es wächst eine Grundstimmung heran, die wir schon lange

nicht mehr hatten.“ Die Vielen ließen sich die Macht von „Interessengruppen im Lande, die mehr zu sagen haben als gut ist“, nicht mehr bieten. Losgetreten werde eine neue Wertediskussion: Um die Rolle des schon totgesagten starken Staats geht es, um Bildung, soziale Gerechtigkeit im Kapitalismus, Globalisierung mit menschlichem Antlitz – „eine Renaissance von Werten, die man schon im Abfalleimer sah“, sieht Metzger und dann kommt der Appell: „Wer sammelt all diese Unzufriedenen?“ Wie müssen gesellschaftliche Gruppen organisiert sein, um in dieser Wertediskussion und der Verschiebung gesellschaftlicher Prioritäten gehört zu werden – von der Politik, die Unterstützung gegen die Lobbyisten der Industrie brauchen kann, und der Gesellschaft, die nach neuen Werten sucht? Was müssen gesellschaftliche Gruppen tun, um nicht zur Streichmasse in Zeiten des Sparschwangs zu werden?

### Bäuerliche Interessen müssen ankommen

„Die soziale Bewegung braucht heute eine gewisse Zahl von Aktiven und mehrere professionelle Leute, um an die Medien zu kommen“, empfiehlt der Journalist.

Thomas Dosch vom Bioland-Bundesvorstand, als weiterer Nicht-AbLer auf dem Podium, und die AbL-Bäuerin Elisabeth Waizenegger sind sich einig, dass bäuerliches Engagement, um gehört zu werden, eine Lobby in zwei Bereichen braucht: in der Gesellschaft und in der Politik.

Im agrarpolitischen und Umweltbereich wurde in den letzten zwei bis drei Jahren viel getan, so Dosch, es haben sich Verbände-Plattformen gegründet, die gemeinsame Positionen erarbeiten – und damit, zumindest bei der derzeitigen Regierung, Gehör finden. „Ich merke, wie die anderen davor Angst kriegen“, so Dosch. Die Rolle der Plattformverbände bestätigt Friedrich Ostendorff, AbLer im Bundestag. Aber auch wenn die AbLer, ob im Rahmen der Plattformen oder allein, heute zu den Anhörungen im Bundesverbraucherministerium geladen werden, sind sie noch lange nicht gleichberechtigt, warnte Ostendorff, die „Alteingesessenen“ wollten „die Störer“ wieder loswerden. Maria Heubuch, als AbL-Bundesvorsitzende eine der „Störerinnen“ in den politischen Gremien, sieht es positiv. Auch Stören

bringt was, man muss nicht das große Rad sein, auch kleine Dinge in der Lobbyarbeit lohnen sich, sagt sie. „Wir liefern ständig Konzepte und Ideen“, stimmt ihr der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf zu, „egal, ob sie momentan abgefragt werden, die Zeit kommt immer wieder.“

Lobbyarbeit auf der höheren politischen Ebene ist das eine, aktive Bauern vor Ort, Lobbyarbeiter im Kleinen sozusagen, sind das andere. Ob ein Anliegen von der Politik gehört wird, hängt wesentlich davon ab, ob dieses Anliegen die Gesellschaft interessiert. Und dieses Interesse weckt die Basis. „Die Wertediskussion, die jetzt in Gang kommt, bietet uns Möglichkei-

### Die AbL ist nicht verzagt

Man hat sich fragen können, warum die AbL zu ihrer Jahrestagung einen Journalisten einlädt, der die gesellschaftliche Lage analysiert. „Zu wissen, was in der Gesellschaft passiert und wo man steht, ist wichtig, um voranzukommen“, resümiert Maria Heubuch nach der Diskussion und: „Tagungen wie heute setzten Energie frei.“ Gesellschaftsanalyse und Einordnung der AbL in das Bild machten klar: Die AbLer engagieren sich auf politischer Bühne und auf den Höfen und verleihen neuen alten Werten, die in Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs vielleicht wieder wichtiger werden, schon seit Jahren eine Stimme: Verbändeplattformen mit der AbL zur



AbLerinnen und AbLer gut gelaunt beim Diskutieren.

Foto: Dagenbach

ten, einzusteigen. Bauern müssen sich den Platz in der Gesellschaft erkämpfen. Dinge, die viele auf den Höfen anpacken, können Rückkoppelungen in der Gesellschaft auslösen und damit zur Veränderung der politischen Rahmenbedingungen führen“, ist sich Elisabeth Waizenegger sicher. Die Bäuerin spricht aus Erfahrung, schließlich ist ihre Familie an einer bauerneigenen Dorfmetzgerei beteiligt, gewinnt eine Biogasanlage auf ihrem Hof erneuerbare Energie und kann sie ihren Kunden erklären, warum die Milch ihrer Kühe einen gerechten Preis braucht. Rainer Metzger stimmt zu. Er hat den Städter entdeckt, für den es „heute schon den guten Bauern gibt, der macht und bewahrt, was alle haben wollen“. Da müsse man ansetzen, die Parole „wir haben kein Geld, und es gibt nichts zu verteilen“ stimme nicht, wenn man den richtigen Nerv bei den Menschen treffe.

EU-Agrarreform, zur Gentechnik und jetzt neu zur WTO, aktive AbLer, die Menschen auf ihren Höfen von gentechnikfrei erzeugten Lebensmitteln überzeugen und, gewollt oder einfach gelebt, die Werte bäuerlicher Landwirtschaft transportieren. Man ist sozusagen am Puls der Zeit und die AbL muss sich nicht erst Gedanken machen, wie sie in die gesellschaftliche Diskussion einsteigt. Wichtig ist vielmehr das Konkrete: Konzepte für eine professionelle Medienarbeit oder ein fruchtbarer Austausch zwischen Basis und politischer Lobbyarbeit. „Wir sind wirksam, wichtig, machtvoll und fantasievoll in der Verbandsarbeit, wir stehen nicht da und wissen nicht, was tun“, so das Fazit des AbL-Vorsitzenden. Für Klarheiten braucht es manchmal Grundsatzdiskussionen.

## Neuer AbL-Bundesvorstand

Die Mitgliederversammlung der AbL hat einen neuen Bundesvorstand gewählt und dabei den alten im wesentlichen bestätigt. Bundesvorsitzende bleiben **Maria Heubuch** (Leutkirch/Allgäu) und **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf** (Spenge/Westfalen), stellvertretende Vorsitzende bleiben **Elisabeth Waizenegger** (Legau/Allgäu) und **Bernd Voß** (Wilster/Wilstermarsch). An die Stelle von Arnd Berner, der sich nicht mehr zur Wahl stellte, wurde **Claudia Schielvelbein** (Oldendorf/Wendland) zur Schriftführerin gewählt, sie war seit dem letzten Jahr Beisitzerin. Kassenwart bleibt **Martin Hofstetter** (Kassel), **Jörg Gerke** (Rukieten/Mecklenburg) ist weiterhin Beisitzer. Neu hinzu gekommen als Beisitzer ist **Uwe Schreiber**. Der 37-jährige Agraringenieur ist zusammen mit seiner Frau angestellt auf dem Gut Wulksfelde am Südrand von Schleswig-Holstein vor den Toren Hamburgs. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Vermarktung per Lieferservice, in der Bäckerei und im Hofladen. Aktiv für die AbL ist Uwe Schreiber seit 1997, damals hat er seine landwirtschaftliche Ausbildung auf dem Hof des ehemaligen AbL-Bundesvorsitzenden Josef Jacobi in Nordrhein-Westfalen absolviert. *edalu*

## Biopatentgesetz verabschiedet

Die EU-Biopatentrichtlinie wird nach der Zustimmung im Bundestag nun auch ins deutsche Gesetz aufgenommen. Damit ist fast alles Lebendige patentierbar: von der Menschenzelle bis zum ganzen Tier. Lediglich bei Patenten auf menschliche Gene wurden Einschränkungen für die Reichweite der Patente aufgenommen. Damit erhalten Patentinhaber einen Patentschutz selbst für Anwendungen und Funktionen, die sie noch gar nicht erahnen oder kennen. Wie die *tageszeitung* kommentierte, zeige sich bei der Zustimmung der Abgeordneten der Grünen zu dem Gesetz der Preis, den sie für die Regierungsbeteiligung bezahlen. Seit Beginn der Debatte in Brüssel hatten sie zu den vehementen Kritikern der Patentierung vom Lebendigen gehört. Die Bundesregierung will sich in Brüssel für die Neuverhandlung der Richtlinie einsetzen. *pm*

## Offener Brief an Ministerin Künast

Anlässlich der Entscheidung (siehe Seite 5) über die Beibehaltung der Importverbote für fünf gentechnische Pflanzen in der EU schreiben die Aktionsbündnisse für gentechnikfreie Landwirtschaft aus 15 Bundesländern an Bundesministerin Renate Künast: „Die Aktionsbündnisse der Bundesländer für Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft orientieren sich an dem Wunsch der Bauern und Verbraucher nach einer gentechnikfreien Erzeugung. Deshalb setzen sie sich für die Beibehaltung von Importverboten für gentechnische Pflanzen und Lebensmittel ein. Die Aktionsbündnisse fordern die EU-Kommission auf, den Mitgliedstaaten das Recht zuzugestehen, selbst zu entscheiden, welche GVO in ihrem Bereich zugelassen werden. Anstatt sich dem Druck der Welthandelsorganisation WTO zu beugen, muss in Europa das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit im Mittelpunkt der Entscheidungen bleiben. Selbst in intensiven Maisanbauregionen in Deutschland setzen Bauern und Verbraucher auf gentechnikfreien Mais. Die Gentechnik-Industrie löst die Probleme der Landwirtschaft nicht, sondern schafft neue Risiken und Abhängigkeiten, die Bauern und Verbraucher nicht eingehen wollen.“

## SPD unterstützt Volksinitiative

Das Aktionsbündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft bekommt bei der Unterschriftensammlung – um das gesamte Bundesland zur gentechnikfreien Region erklären zu lassen – Unterstützung von der SPD. Diese will bei Parteiveranstaltungen die Unterschriftenlisten der Volksinitiative auslegen lassen. *pm*

## Ökolandbau braucht breite Lobby

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat am 16. Dezember die Stellungnahme zum Aktionsplan Öko-Landbau der EU-Kommission mit großer Mehrheit angenommen. WSA-Berichterstatte **Bernd Voß** dazu: „Wenn, wie im Rahmen der finanziellen Vorausschau der europäischen Länder und Gremien diskutiert, Mittel der ländlichen Entwicklung gekürzt werden, ist die Agrarwende und die gesamte Förderung des ökologischen Landbaus gefährdet.“ Wichtig sei zudem, dass Hygienestandards der EU nicht zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Investitionen im ländlichen Raum führen und die Hygienerichtlinie von den Ländern situations- und risikoangepasst umgesetzt wird. *eda*

Kurzes am Rande

## Nutztierhaltungs-Verordnung auf Eis

Renate Künast bleibt bei den Hennen standhaft

Am 17. Dezember hat der Bundesrat über die Nutztierhaltungs-Verordnung abgestimmt und Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast hat wie schon im letzten Jahr ihre Unterschrift für den Ländervorschlag verweigert. Nach Ansicht des Bundesrats sollte die „Kleinvoliere“ für die Hennen mindestens 2 mal 1,25 Meter groß und 0,6 Meter hoch sein und ein Huhn darin mindestens 800 cm<sup>3</sup> für sich haben. Bei den Schweinen hat der Bundesrat sich weiter den niedrigeren EU-Richtlinien angenähert. Die umstrittene Verknüpfung der Vorgaben für Schweine mit denen für die Hennen stellte der Bundesrat nicht in Frage. Bekanntlich steht Deutschland eben wegen dieser Verknüpfung unter Druck, weil ab 2005 von der EU fette Strafen von bis zu 700.000 Euro am Tag drohen, wenn die Regelungen für die Schweine nicht umgesetzt sind.

Das nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerium, das zusammen mit den Kollegen aus Schleswig-Holstein gegen den Ländervorschlag votierte, bezeichnete diesen als „Aufweichung des Verbotes der Käfighaltung“. Kritischer Punkt sei vor allem die Käfighöhe: 60 cm dienten dazu, dass noch drei aufeinander gestapelte „Kleinvolieren“ in die bisherigen Käfigbatteriegebäude passen, wohingegen die jetzige Rechtslage ab dem 1.1.2007 eine Höhe von 200 cm vorsehe. Renate Künast meldete nach dem Bundesratsbeschluss: „Zu einem sachlichen Dialog bin ich jederzeit bereit, wer aber glaubt, mich zu drastischen Rückschritten im Tierschutz erpressen zu können, der täuscht sich.“ Rückendeckung bekam sie

von der SPD-Fraktion. Diese will für die Schweine mit einem juristischen Winkelzug doch noch Beschlüsse ohne die unseelige Verknüpfung mit den Hennen möglich machen. Laut dem SPD-Tierschutzbeauftragten Wilhelm Preismeier sollen dafür das Tierschutzgesetz novelliert, die gesetzlichen Vorgaben für die Schweinehaltung direkt in diesem statt in der Nutztierhaltungs-Verordnung geregelt und



Plastikknoppen als „Sandbad“ in der „Kleinvoliere“ finden nur Plastikhenken zum Knutschen.

damit unabhängig von den Vorgaben für die Hennen abgestimmt werden können. Für die Legehennen ist eine Einigung vor den Landtagswahlen im Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen unwahrscheinlich. Übrigens kursierten in der Agrarpresse vor der Abstimmung Meldungen, dass diese möglicherweise auf Drängen des Kanzleramts verschoben werde. Als Absender vermutet: der Deutsche Bauernverband. Diese Presseente sollte wohl Aktionen von Tier- und Umweltschutzverbänden ausbremsen und an deren Einigkeit kratzen. Ein Einknicken der grünen Agrarministerin in der Käfigfrage wäre dem DBV nämlich sehr entgegen gekommen.

*eda*

## Volksbegehren knapp gescheitert

Wald Bündnis Bayern bleibt weiter aktiv

Das Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“ ist mit 9,3 % Eintragungen aller Wahlberechtigten äußerst knapp an der 10 %-Hürde gescheitert, hat damit aber das beste Ergebnis eines Volksbegehrens seit 1997 erzielt. Mit dem Volksbegehren wollte das Wald Bündnis Bayern die geplante Forstreform verhindern und einen eigenen alternativen Reformvorschlag umsetzen (siehe BS 11/04). „854.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich trotz einer beispiellosen Gegenkampagne der Staatsregierung, trotz einer unsäglichen Lügenpropaganda der Spitzen des Bayerischen Bauernverbandes und des Waldbesitzerverbands und trotz bürgerunfreundlicher Öffnungszeiten in vielen Städten und Gemeinden für das Volksbegehren engagiert“, so der Bund Naturschutz. Die starke Allianz vieler Verbände

und Organisationen wird nun erst recht ihre Aufgabe als „Wächter für den Wald“ wahrnehmen und die Zukunft der Waldbewirtschaftung vor Ort begleiten. Hans Geisenberger, AbL-Beauftragter für die Forstreform, hat im Landkreis Weilheim-Schongau mit 17,5 % das beste Landkreisergebnis bayernweit erzielt. Aus seiner Sicht täte die bayerische Landesregierung gut daran, wieder zu den demokratischen Spielregeln zurückzukehren, nachdem der „Maulkorb“ für Forstbeamte und Lehrer, der Druck auf Verbände, Agenda-Gruppen und die Medien diese zeitweise ausgesetzt habe. Die AbL-Bayern wird weiter aktiv in den Wald Bündnissen mitwirken und dabei auch die Gefahr einer künftigen Gentechnik-Anwendung in der Forstwirtschaft stärker thematisieren.

*Andrea Eiter, AbL Bayern*

## Ergebnisse des Erprobungsanbaus unbefriedigend

Sechs Felder mit Silomais sollen als Datenbasis für eine Abstandsregelung im Gentechnikgesetz ausreichen, meinen die Vertreter der Gentechnik-Industrie

Ein Trennstreifen mit konventionellem Mais von 20 Metern Breite würde ausreichen, um wesentliche Einträge in konventionelle Nachbarfelder auszuschließen“, fasst Eberhard Weber die Ergebnisse des Erprobungsanbaus zusammen. Der Wissenschaftler der Uni Halle wertet die Ergebnisse der 28 Versuche in sieben Bundesländern aus. Im Frühjahr 2004 hatte das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Biotechnologie-Lobby und den drei Gentechnik-Konzernen Monsanto, KWS und Pioneer den sogenannten Erprobungsanbau gestartet, bei dem die Koexistenz von gentechnischem Mais mit herkömmlichen untersucht werden sollte. Die Standorte wurden geheim gehalten und nur direkte Nachbarn der Felder erfuhren von dem genauen Anbauort.

Nachdem die beteiligten Saatgutunternehmen nicht bereit waren, für mögliche Schäden die Haftung zu übernehmen, empfahl der Bauernverband seinen Mitgliedern, sich nicht am Erprobungsanbau zu beteiligen. Denn nach monatelangem Vorspiel waren die Firmen nur in Sachsen-Anhalt bereit, 80 % der „berechtigten Schadensersatzansprüche“ abzudecken, in anderen Bundesländern wollten die Firmen und ihre Lobby-Vereinigung keinerlei finanzielle Verantwortung für Schäden übernehmen.

Auf der Pressekonferenz der InnoPlanta im November in Berlin konnten nur Ergebnisse von sechs der 28 Standorte in sieben Bundesländern präsentiert werden. Eine magere Ausgangslage für die Ankündigung, 20 Meter reichten aus, um die Verunreinigung von Nachbarfeldern unter die Kennzeichnungsschwelle von 0,9 % zu drücken. Erst auf Nachfrage wurden für unterschiedliche Mantelzonen

genaue Werte genannt. Innerhalb von 10 Metern Abstand lagen die Verunreinigungen bei 1,2 %, bis zu 30 Metern bei 0,4 % und innerhalb 60 Meter bei 0,35 %. Da bislang ausschließlich Silomais untersucht wurde, können keine Aussagen über die Höhe der Verunreinigung in den Maiskörnern gefolgert werden. Verschleppungen bei gemeinsamer Maschinen- und Trocknungsnutzung, Einträge durch kontaminiertes Saatgut – der Alltag der Koexistenz – wurde von InnoPlanta nur in einem einzigen Bereich betrachtet.

So weist die Bundestagabgeordnete der SPD Elvira Drobinski-Weiß darauf hin: „Unverständlich ist deshalb, dass diejenigen, die uns erklären, wie einfach Koexistenz zu ermöglichen ist, im gleichen Atemzug gegen die im Gentechnikgesetz vorgesehene Haftungsregelung wettern.“ Nach einer Studie des Öko-Instituts „Aufbereitung des Wissensstands zu Auskreuzungsdistanzen“ ergeben sich aus den Erfahrungen der Saatgutvermehrung bei Mais ganz andere Abstände: Um mit Sicherheit die gentechnische Verunreinigung unter 1,0 % zu drücken, empfehlen die Autoren 500 Meter Abstand. Für die herkömmliche Saatgutvermehrung von Basissaatgut sind in der EU bereits 200 Meter Abstand zu anderen Maisäckern vorgeschrieben, doch auch bei solchen Abständen kommt es zu Einkreuzungsraten zwischen 0,14 und 0,42 %. Um Einkreuzungen unter 0,5 % zu garantieren, schlagen die Autoren einen Mindestabstand von 1.000 Metern vor. Da die Datenlage mager ist und auch über große Entfernungen die Einkreuzungsraten auf niedrigem Niveau nicht absinken, sprechen sie für eine Einkreuzung unter 0,1 % keine Empfehlung aus.

Mit Spannung kann erwartet werden, mit welchen Mindestabständen für den



Ihre Meinung, wie überflüssig der Anbau von Gen-Mais für die Landwirtschaft ist, demonstrierten Vertreter der gentechnikfreien Regionen bei dem Auftritt von InnoPlanta Mitte November in Magdeburg.

Foto: Jens Heinze

Anbau von gentechnischem Mais das Bundeslandwirtschaftsministerium in seinem Entwurf für die gute fachliche Praxis an die Öffentlichkeit gehen wird. Nach den Ankündigungen, dass durch den Haftungsparagrafen im Gentechnikgesetz auch für Ernten mit Verunreinigungen unter der Kennzeichnungsschwelle ein Ausgleich eingeklagt werden kann, muss das Ministerium nun auch bei den genauen Auflagen für Gen-Landwirte dieser Absicht folgen. Nehmen doch Maismühlen in Deutschland, die gentechnikfreie Ware herstellen, keine Ernten mit Kontaminationen über 0,3 % an.

ms

Die Studie „Aufbereitung des Wissensstandes zu Auskreuzungsdistanzen“ vom Öko-Institut Freiburg kann unter [www.oeko.de](http://www.oeko.de) unter Forschungsergebnisse heruntergeladen werden.

nicht um eine Entscheidung mit praktischer Bedeutung für den Anbau.

Und erstmals stimmten die deutschen Vertreter mit Nein gegen die Aufhebung des Importverbots bei dem Mais bt176. Auf der Tagesordnung stand auch die Neuzulassung des Mais Mon 863. Dieser Mais wurde im Frühjahr von den französischen Behörden für bedenklich eingestuft, weil bei Fütterungsversuchen mit Ratten Veränderungen im Blutbild und der Niere auftraten. Ausgerechnet hier stimmte Deutschland mit Ja. Aber bei allen Abstimmungen gab es keine qualifizierten Mehrheiten, so dass nun im März 2005 der EU-Ministerrat darüber entscheiden wird. Ob Deutschland dort erneut gegen die Aufhebung der Importverbote stimmen wird, scheint noch nicht entschieden zu sein.

ms

### ■ Monsanto will Lizenzen kassieren

Monsanto will in Argentinien endlich Lizenzen für gentechnisches Soja kassieren, das auf nahezu allen Soja-Feldern angebaut wird. Nur 18 Prozent der Bauern kaufen bei offiziellen Saatguthändlern. Der Rest kauft nachgebautes Saatgut von anderen Bauern, das ist in Argentinien verboten, oder baut selbst nach, was ausdrücklich erlaubt ist. Während der Staat darüber verhandelt, einen Fonds einzurichten, in den Bauern ein Prozent ihres Umsatzes einzahlen sollen, will Monsanto je exportierter Tonne Soja Lizenzen kassieren.

■

## Einmal nein und einmal ja

In Brüssel stimmten die deutschen Vertreter gegen die Aufhebung von Anbauverboten eines gentechnischen Mais, danach hoben sie ausgerechnet für den umstrittenen gentechnischen Mais Mon 863 die Hand.

Fast hätte es gereicht – und mit den Stimmen der deutschen Vertreter in Brüssel hätten sich endlich die Mitgliedstaaten zu einer ausreichenden Mehrheit gegen einen gentechnischen Mais zusammengeschlossen. Ende November entschied der zuständige EU-Ausschuss über die Importverbote für fünf verschiedene Mais- und Rapspflanzen, mit dem WTO-Verfahren im Nacken wollte die EU-Kom-

mission endlich die von den USA ungeliebten Verbote streichen.

Noch nach der alten Richtlinie zugelassen, ist die Risikobewertung der fünf Pflanzen lückig. So enthält beispielsweise der insektengiftige Mais bt176 sogar noch eine Antibiotika-Resistenz, was im Jahre 2000 die damalige Gesundheitsministerin Andrea Fischer veranlasste, eine Anbaubeschränkung für Deutschland einzuführen. Auch Frankreich und Österreich haben den Mais bei sich verboten. Der Mais bt176 wird selbst in den USA nicht mehr angebaut. Schon 2006 laufen für die fünf Pflanzen die Zulassungen aus, so geht es der Kommission hier um das Prinzip und

## Zielgröße 40 Cent für den Liter Milch

Milchexperten diskutierten auf der Mitgliederversammlung in Altenkirchen kontrovers über den rechten Weg zum gerechten Milchpreis



„Wir brauchen mindestens 40 Cent für das Kilo Milch“, darüber waren sich die Diskutanten im Arbeitskreis Milch einig.

### Frankreichs Milchbauern kämpfen weiter

Mit zahlreichen Aktionen wollen die französischen Milchbauern auf ihre bedrohliche wirtschaftliche Lage hinweisen und für eine Zukunft streiten, das hat der Milchausschuss der Confédération Paysanne am 24. November beschlossen. Unterstützung könnten die Bauern von den Molkearbeitern bekommen, da z.B. Nestlé die Verlagerung von Standorten nach Spanien plant – die Arbeitskräfte dort sind billiger. pm

Was 2003 mit dem Streik der Biomilch-Bauern begann, hat sich 2004 fortgesetzt und ausgeweitet: Bauern protestierten gegen Preise auf dem Niveau von 1977 – auf unterschiedlichen Wegen: Die AbL hat versucht, politisch eine Begrenzung der Saldierung durchzusetzen, die Biomilcherzeuger planen eine Mengenreduzierung in Kooperation mit ihren Molkereien, der Bundesverband Deutscher Milchviehalter (BDM) Nord gründete sich und ist in die Vermarktung der Milch eingestiegen, die Upländer Bauernmolkerei will 5 Cent-Aufpreis für bäuerlich erzeugte Milch erzielen und gentechnikfreie Milch anbieten, in Österreich kämpft die IG-Milch gegen Dumpingpreise beim Handel (siehe Seite 7) und die Franzosen formieren sich seit der Aufkündigung der garantierten Erzeuger-Preise durch die Industrie gegen den Preisverfall. Vertreter all dieser Gruppierungen waren nach Altenkirchen gekommen, um eine Frage zu diskutieren: „Wie erreichen wir faire Preise?“

Für Ives Lepellier von der Confédération paysanne steht die Mengenreduzierung im Vordergrund. In Frankreich orientiert sich der Basispreis für Milchprodukte

unter anderem an den Preisen für Exportprodukte (Magermilchpulver und Butter), „wenn nicht mehr so viel in den Export fließt, können die Preise stabiler werden“, meint der Milchbauer aus der Normandie.

Anders die Österreicher: Die 2004 gegründete IG-Milch setzte sich einen Erzeugerpreis von 38-44 Cent zum Ziel und wählt den Weg über den Handel, um ihn zu erreichen. Nach medienwirksamen Protesten stellten sich prompt Erfolge ein. Dass diese allein auf das Konto der IG-Milch gingen, bezweifelt Rüdiger Brüggemann vom Bioland-Verband, es könne auch an der momentanen Mengenentspannung am Markt liegen. Friedrich Ostendorff, Milchbauer in Westfalen und Bundestagsabgeordneter, allerdings glaubt an eine dauerhafte Marktentspannung und damit an Spielraum für Preisforderungen der Bauern.

### Unterschiedliche Forderungsadressaten

Nicht auf Druck beim Handel, sondern auf Marktmacht gegenüber den Molkereien setzt der BDM Nord mit seiner Vermarktungsgesellschaft „BDM Freie Milch AG“. „Unser Ziel ist ein kostendeckender Preis“, so Romuald Schaber vom BDM-Bundesverband, „kurzfristig 35 Cent, langfristig 40 Cent“. Der zweite Weg soll ein sogenanntes Verhandlungsmandat sein: Milchbauern sollen demnach den BDM zum Verhandeln mit ihren Molkereien beauftragen. Gegenüber dem BDM haben sie dabei die Verpflichtung, sich auf Mengenreduzierungen einzulassen oder am Lieferstopp teilzunehmen, sollten die Preise nicht stimmen. Das Verhandlungsmandat soll auch Bauern für den BDM gewinnen, die ihre Molkereiverträge nicht kündigen, aber trotzdem mehr Einfluss auf die Preisgestaltung nehmen wollen als bisher, erklärte Schaber die Idee. Doch auch die Mengenreduzierung bleibe für den BDM ein Ziel, bekräftigte er. Bernd Voß, AbL-Milchbauer in Schleswig-Holstein, lobte das Engagement des BDM

Nord in der Vermarktung. Problematisch könne es aber für Kleinbetriebe werden, die abseits liegen.

Auch für Wolfgang König, Milchbauer in der AbL Bayern, sind die Molkereien der Ansprechpartner, wenn's um die Preise geht: „In Deutschland haben die Aktionen des Bauernverbands beim Handel Null gebracht“, argumentierte er.

### Fordern oder kooperieren?

Zündstoff für die Diskussion bot auch das Biomilch-Marktpreismodell (siehe BS 9/04). Karl-Friedrich Osenberg, Bio-Milchbauer aus Westfalen, kritisierte die geplante Mengenbeschränkung auf Molkereiebene. Eine Mengenreduzierung müsse EU-weit oder zumindest national erfolgen. Wenn ein Teil der Biomilchlieferanten die Mengen reduziere, gebe es noch lang nicht weniger Biomilch am Markt. Es sei nötig, einen Basispreis festzulegen, um eine Erfolgskontrolle für seine Aktionen zu haben. Hans Harrer vom Aktionsbündnis der Biomilch-Liefergemeinschaften hielt dagegen, dass man versucht habe, ein Modell in Kooperation mit den Bio-Molkereien zu finden. „Man muss aufpassen, dass die Molkereien nicht draufgehen, überzogene Preisforderungen bringen nichts.“

Ganz einig wurden sich die Diskutanten nicht, ob bessere Preise in erster Linie mit weniger Milch zu erreichen sind, oder ob man zuallererst den gerechten Preis einfordern muss. „Wir sollten uns nicht mit unterschiedlichen Ansätzen gegenseitig kaputt machen“, appellierte Rüdiger Brüggemann. Deshalb beschlossen die Diskutanten, sich künftig häufiger zu treffen, um quer durch Verbände und Länder kontinuierlich nach Lösungen zu suchen. „Preis und Menge sind untrennbar“, resümierte die Milchbäuerin und AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch zum Abschluss der Diskussion. Hauptziel für alle seien gerechte Preise und die Mengenreduzierung ein Instrument dafür. Sich mit besonderen Qualitäten Marktnischen zu suchen und gentechnikfreie, silagefreie oder Weidemilch anzubieten, sei ebenso ein Ansatz. Maria Heubuch forderte die AbL-Bauern auf, die 40-Cent-Marke als Zielgröße für Erzeuger-Preise nach außen zu kommunizieren. Es müsse klar sein, welchen Preis ein Milchbauer brauche, um zu existieren und ökologische sowie soziale Aufgaben erfüllen zu können.



Ernst Halbmayr (li.) im Gespräch mit Rüdiger Brüggemann.

Fotos: Dagenbach

## Wenn 300 Traktoren einkaufen fahren ...

Österreichische Milchbauern hatten im Frühjahr 2004 die Nase voll von Dumpingpreisen bei den Handelsketten, protestierten massiv, gründeten die IG-Milch und schreiben seither eine Erfolgsgeschichte

Milchbauern rebellieren“, so lautete eine der ersten Schlagzeilen, für die der Verein „Österreichischer Grünland- und Rinderbauern IG-Milch“ in der österreichischen Presselandschaft sorgte. Das war im Frühjahr 2004. Rebelliert hatten die Bauern bei der Handelskette Billa, einer Rewe-Tochter. Gegen 54 Cent für den Liter Frischmilch liefen vor Billa-Filialen in Oberösterreich 600 Bauern mit 300 Traktoren und in Niederösterreich über 1.000 Bauern auf. Dasselbe im Juni vor der Handelskette Zielpunkt. Nachdem die streitbaren Bauern mit den Marktleitern erfolglos gegen Milch für 59 Cent und Butter für 79 Cent verhandelt hatten, fuhren 50 Traktoren und 150 Bäuerinnen und Bauern „einkaufen“. Der Marketingchef zog daraufhin die Dumpingpreise zurück. Dasselbe passierte bei anderen österreichischen Handelsketten, die Medienresonanz war enorm, sogar das Fernsehen hatte die Milchbauern als Spitzenmeldung. Nach den ersten Aktionen reichte manchmal schon ein Anruf: Ein Plus-Markt (Zielpunkt-Tochter) zog 49-Cent-Milch sofort zurück, nachdem der dortige IG-Milch Bauer Leo Steinbichler angekündigt hatte: „Wenn ihr auf Kosten der Bauern mit Billig-Milch Werbung macht, marschieren wir mit den Kühen auf.“

Im Sommer führte die IG-Milch Preisverhandlungen mit Zielpunkt und Billa. Beide sagten zu, ihre Vollmilch-Eigenmarken nicht mehr unter 65 Cent, Markenmilch mindestens für 79 Cent zu verkaufen und bei Butter 99 Cent einzuhalten. Im September brachen die österreichischen Penny-Märkte eine Dumping-Aktion mit holländischer Butter nach IG-Milch-Protesten ab (siehe BS 10/04). Und Aldi habe seine Preise vorsorglich von 59 auf 65 Cent erhöht. „Damit ihr bloß niemals vor unserer Tür steht“, zitiert Ernst Halbmayr, Milchbauer und ein Sprecher der IG-Milch, den Discounter.

### Molkereien zollen IG-Milch Respekt

„Österreich hatte lange Preise unterhalb des EU-Niveaus und wir galten als bravstes, untätigstes Bauern-Volk“, erzählt Ernst Halbmayr nicht ohne Stolz auf den Wandel. Inzwischen sind in der IG-Milch, die sich im April 2004 aus den Protestbe-

wegung heraus gegründet hatte, 2.900 Mitglieder aktiv. Tendenz steigend. Derzeit tingeln die streitbaren Milchbauern durch ganz Österreich und werben für ihre Interessensgemeinschaft. Oberstes Ziel von Beginn an war ein Mindest-Erzeugerpreis von 38-44 Cent pro kg – „jetzt verhandeln wir tatsächlich über 40 Cent, nicht über 25“, sagt Halbmayr. Seit Oktober hätten die Molkereien die Preise um 1-3,4 Cent erhöht und „selbst die Obmänner der größten Molkereien geben in den letzten Wochen zu, dass unsere Aktionen erfolgreich waren und höhere Erzeugerpreise möglich sind.“ Auch der Handel sei den Bauern dankbar. Eine Handelskette habe sie gar ersucht, Sahne und H-Milch in den Mindestpreiskatalog aufzunehmen, um auch diese Produkte aus dem Preiskampf der Handelsketten herauszunehmen. Die Handelsketten mit höheren Preisen glücklich zu machen, sei natürlich nicht vornehmliches

Ziel der IG-Milch, so Halbmayr, „der Preis muss auch bei den Bauern ankommen.“



Protest der IG-Milch Bauern vor der Handelskette Zielpunkt.

Foto: IG-Milch

Ziel der IG-Milch, so Halbmayr, „der Preis muss auch bei den Bauern ankommen.“

### Weiterpowern in 2005

Fürs nächste Jahr hat die IG-Milch schon einen neuen Mindestpreiskatalog in Arbeit, 75 Cent für Milch-Eigenmarken in preisbildenden Supermärkten und Mindestpreise für H-Milch, Sahne und Bio-Trinkmilch sollen vorgeschrieben werden. Außerdem fordern die Milchbauern von den Molkereien einen Auszahlungspreis von mindestens 35 Cent. Wie Ende November in Hamburg (siehe Meldung auf dieser Seite), will sich die IG-Milch 2005 regelmäßig mit anderen europäischen Aktionsgruppen treffen.

eda

Kurzes am Rande



### Bauernstimme bietet Praktikum

In unserer Redaktion ist die Stelle einer Praktikantin/eines Praktikanten zu besetzen.

Wir bieten einen praktischen und tatkräftigen Einblick in den Fachjournalismus mit dem besonderen agrarpolitischen Anspruch der *unabhängigen bauernstimme*. Wir wünschen uns einen Menschen mit Gespür für die Themen und Anliegen von Bäuerinnen und Bauern und mit Spaß am selbstständigen Schreiben und Gestalten. Wir sind eine kleine Redaktion mit viel Freiraum für Eigeninitiative und offen für eigene Schwerpunkte und Interessen.

Bewerbungen und Nachfragen bitte an den ABL Verlag, Vera Thiel, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, ☎ 02381-492288, verlag@bauernstimme.de



### Umzug oder neues Konto bitte melden

Die Deutsche Post hat mitgeteilt, dass sie zukünftig Adressänderungen von Zeitungsabonnenten nicht mehr automatisch an den Verlag weiterleitet. Daher an dieser Stelle die dringende Bitte, zukünftig nicht mehr auf den Briefträger zu vertrauen, sondern bei Umzug die neue Anschrift direkt an den ABL Verlag melden. Ähnliches gilt für Änderungen der Bankverbindung. Derzeit fusionieren viele Banken, und es ändern sich Bankleitzahl und Kontonummer. Auch dies wird nur in den wenigsten Fällen den Lastschriftempfängern mitgeteilt. Um zusätzliche Gebühren und Arbeitsaufwand zu vermeiden, bitte eine kurze Meldung an den Verlag. Danke!

### Schleswig-Holstein und Hessen planen höhere Grünland-Prämien

Im nördlichsten Bundesland hat Minister Klaus Müller angekündigt, von der Möglichkeit des deutschen Umsetzungsgesetzes zur EU-Agrarreform Gebrauch zu machen und den regional einheitlichen Prämienbetrag für Dauergrünland anzuheben sowie den entsprechenden Betrag für Ackerland zu senken. Das bedeutet konkret: Prämiensockel für Dauergrünland von rund 85 auf 124 €/ha sowie für Ackerland runter von 324 auf rund 301 €/ha. Nun hat auch Hessen angekündigt, den Sockel für Dauergrünland zu erhöhen: von 47 auf 65 €/ha sowie Ackerland runter von 327 auf 317 €/ha. Der Bauernverband will das mit aller Macht verhindern. pm

### Plus listet Eier aus Käfighaltung aus

Zwei Jahre vor dem gesetzlich festgelegten Ausstieg aus der Käfighaltung für Legehennen verzichtet Plus als erster Lebensmittel-Discounter in seinen ca. 2.700 Filialen bundesweit auf Eier aus Käfighaltung. „Es entspricht unserer verantwortungsbewussten Unternehmenspolitik, früher als gesetzlich festgelegt auf den Verkauf von Käfigeiern zu verzichten“, erklärt Hans-Josef Nelle, Vorsitzender der Geschäftsführung Plus Deutschland. Dabei ist Plus vergleichsweise preisgünstig: zehn Eier aus Bodenhaltung (Lindenhof) für 0,99 €, sechs Freiland Eier (Hofmark) für 0,85 € sowie sechs Bio-Eier der Eigenmarke „BioBio“ für 1,39 €. pm

### Milchviehalter Europas beziehen Position

Um auch in Zukunft nachhaltig Milch in Europa produzieren zu können, brauchen die Milchbauern in der EU mindestens 40 Cent/kg Milch, in der Schweiz 70 Cent. Diese Forderung richteten Milchviehalterverbände aus der Schweiz, den Niederlanden, aus Belgien, Frankreich, Österreich, Dänemark und Deutschland am 23. November an die Öffentlichkeit. An diesem Tag hatten sich die Verbände zu einem vom BDM Nord organisierten Austausch in Hamburg getroffen. „Wir erwarten, dass wir dieses Ziel möglichst gemeinsam mit den Molkereien erreichen. Die Genossenschaftler werden aufgefordert, sich aktiver in den jeweiligen Unternehmen für dieses Ziel einzusetzen. Insbesondere von den Genossenschaftsmolkereien und den Interessensverbänden wird volle Unterstützung gefordert“, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung. Der Einzelhandel wird aufgefordert, „den zerstörerischen Preiskampf zu beenden.“ Die Organisationen diskutierten unterschiedliche Maßnahmen, von der Gründung von Vermarktungsgesellschaften bis zum europaweiten Milchlieferboykott. Die Zusammenarbeit soll in Zukunft verstärkt werden. eda

## „Existenzgründungen, um bäuerliche Kultur zu erhalten“

15 Jahre nach der Wende sind Existenzgründungen wieder oder immer noch ein Thema in den neuen Bundesländern. Die Kämpfe mit Behörden und mit dem, was politisch gewollt ist, sind geblieben. Bei den Wiedereinrichtern wird heute die Hofnachfolge zum Problem. Ein Interview mit Jörg Klemm, Biolandwirt im sächsischen Erzgebirge und AbL-Landesvorsitzender

### Tierzuchtfonds gegründet

Spezialisierte Höchstleistung war in den letzten fünfzig Jahren Ziel der landwirtschaftlichen Tierzucht. Die Tiere bezahlen die hohen Leistungen mit Krankheitsanfälligkeit, Verhaltensstörungen, Schmerzen und Leiden. Um einen Weg aus dieser Sackgasse anbieten zu können, haben die Schweisfurth-Stiftung, der Deutsche Tiererschutzbund, ProVieh und die Zukunftsstiftung Landwirtschaft gemeinsam den Tierzuchtfonds gegründet. Er unterstützt innovative und praxisorientierte Projekte, die sich für artgemäße Tierzucht einsetzen. Cornelia Roeckl, Geschäftsführerin der Zukunftsstiftung Landwirtschaft, nennt vielversprechende Projekte: „Wir setzen auf Höfe, die wieder Zuchtbullen halten, statt nur künstliche Besamung einzusetzen, sowie Zuchtinitiativen, die Vitalität und Dauerleistung in den Vordergrund stellen. Uns interessieren Forschungsprojekte, in denen Zusammenhänge zwischen Tierzucht und Gesundheit der Tiere erarbeitet werden.“ Für die Finanzierung braucht der Tierzuchtfonds Unterstützung. Die Verbände rufen Privatpersonen und Unternehmen zu Spenden auf. Mehr Infos unter: [www.tierzuchtfonds.de](http://www.tierzuchtfonds.de)

**Bauernstimme: Wer waren die Existenzgründer nach der Wende und wer steigt heute in Ostdeutschland in die Landwirtschaft ein?**

Jörg Klemm: Nach der Wende, das war eine ganz spezielle Gruppe von 60jährigen, die sich als Wiedereinrichter ihre Betriebe genommen haben, um sie selbst zu bewirtschaften. Als die Kollektivierung begann, 1960, waren sie rund 30 Jahre alt und schon Betriebsleiter. Sie hatten also die Erfahrung, dass sie einen Betrieb führen können. Alle, die damals jünger waren, waren mithelfende Kinder. Ihnen hat nach der Wende der Mut gefehlt, wieder anzufangen. Diese Bauern sind heute 70, 75 Jahre alt. Sie können es wiederum ihren Kindern vermitteln. Und einige von diesen Kindern machen auch weiter, haben sich umschulen lassen, Landwirtschaft gelernt und führen die Höfe fort. Ich bin stolz darauf, dass wir wieder eine bäuerliche Elite im Osten bekommen haben.

Ich bin ja als Seiteneinsteiger in die Landwirtschaft gekommen. 1990 habe ich an der gleichen Fachschule wie Agnes Mocha (siehe Seite 9) meine landwirtschaftliche Ausbildung nachgeholt. Ich habe dabei die „neue Generation“ von Existenzgründern kennen gelernt, zum Beispiel Agnes, die aus dem Westen kam, im Osten studiert hat und dann aus Liebe zu Land und Leuten hier einen Betrieb gründen wollte. Ich habe auch viele junge Leute aus dem Osten kennen gelernt, die keinen Hof besaßen, aber hier einen Betrieb machen wollten.

**Unterstützen die Behörden die Aufbauarbeit von Existenzgründern?**

Leider ist die politische Seite, das Land Sachsen mit seiner Agrarverwaltung, genau wie der Bauernverband, nicht daran interessiert, dass Leute neu einsteigen. Man bekommt auf dem Amt zu hören, dass doch die bestehenden Betriebe schon in einem großen Konkurrenzkampf um die Flächen stehen. Und dann werden einem Größen von 100 bis 200 Hektar vorgehalten, die es mindestens brauche, um einen Familien-Arbeitsplatz zu schaffen. Das Amt wollte daher meinen Antrag, mit 30 Hektar einen Haupterwerbsbetrieb zu gründen, nicht akzeptieren. Wenn ich nicht zu diesem Zeitpunkt schon viel in den westlichen Bundeslän-

dern gewesen wäre und gesehen hätte, dass kleine 17 Hektar-Betriebe einen größeren Umsatz machen können als ein 300 Hektar-Betrieb, ich glaube, ich hätte meine Betriebsgründung nicht durchsetzen können.



Jörg Klemm

**Welche Betriebe haben heute Probleme mit der Hofnachfolge?**

Es sind vor allem Nebenerwerbsbetriebe im Süden. In Sachsen und Thüringen herrschten kleinbäuerliche Strukturen bis in die 60er Jahre hinein vor, während es in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern von jeher Großbetriebe gab. In Sachsen haben wir derzeit rund 6.000 landwirtschaftliche Betriebe und nur 1.000 sind als Großbetriebe einzuordnen, 4.000 werden im Nebenerwerb bewirtschaftet. Diese werden größtenteils von Wiedereinrichtern geführt, die heute schon Rentner sind. Sie konnten damals nur ihren eigenen Betrieb aus der LPG herauslösen und nie mehr Fläche dazubekommen.

Viele dieser Betriebe haben keinen Nachfolger, entweder weil die Kinder im Westen sind oder weil sie zu klein sind. Eigentlich wären sie ideal für Neueinsteiger, die mit Einkommenskombinationen beginnen, ihren Hof aufzubauen. Meine Hoffnung ist, dass die Großstrukturen

bröckeln, wenn die Leute im Dorf sehen, dass eine Familie durchaus etwas auf die Beine bringen kann. Wenn ihre verpachteten Flächen frei werden, könnten sie diese dann den neuen bäuerlichen Betrieben im Dorf

geben. Sonst wird sich der ländliche Raum entvölkern. Wir sehen das doch jetzt schon auf den guten Ackerstandorten. Was ist aus den wohlhabenden Dörfern geworden? Wenige reiche Bauern und ein armes Dorf, in dem noch ein paar Rentner leben.

**Welche Unterstützung brauchen die Existenzgründer?**

Ich sehe hier vor allem zwei Dinge: Zum einen sollten wir natürlich eine Diskussion darüber führen, dass eine Hofabgabe außerhalb der Familie machbar ist. Ich glaube auch, dass diese Wiedereinrichter, die nun 15 Jahre lang gekämpft und Entbehrungen auf sich genommen haben, um ihren Hof wieder herzustellen, durchaus Interesse haben, dass der Hof erhalten bleibt. Angebot und Nachfrage müssen aber zusammen kommen. Deshalb sollte auch bei uns eine Hofbörse eingerichtet werden, wie sie zum Beispiel in Hessen existiert. Politisch muss umgedacht werden, wenn neue Menschen und Ideen aufs Land kommen und bäuerliche Strukturen erhalten und erweitert werden sollen.

Wichtig ist aber auch, dass die Flächen an diese Betriebe gehen können. Die meisten LPG-Nachfolgeunternehmen haben eine Klausel in ihren Pachtverträgen, dass im Konkursfall – und das kommt durchaus häufiger vor als man denkt – die Pachtverträge unverändert an das Nachfolgeunternehmen gehen. Das ist dann ein Holländer oder irgendeine Holding mit Kapital aus dem Westen. Arbeitsplätze werden abgebaut und die Landeigentümer, die ihr Land dem LPG-Nachfolgeunternehmen einst in der Hoffnung auf der Erhalt der Arbeitsplätze verpachtet haben, sind die Gekniffenen. Es müsste also möglich sein, im Konkursfall die Pachtverträge zu kündigen und neue Entscheidungen treffen zu dürfen. Ich bin überzeugt, die Leute würden lieber an einen im Ort ansässigen Betrieb verpachten als an einen Großagrarier.

Interview: Andrea Fink-Keßler

Um das Thema Abgeben und Neugründen von Höfen geht es auch im neuen Kritischen Agrarbericht 2005! Zwei Artikel geben die Ergebnisse eines Fachgesprächs wieder, das Ende September von der landwirtschaftlichen Rentenbank finanziert worden war.



**Jörg Klemm und die AbL Sachsen laden ein zum AbL-Bauerntag vom 11.-12. Februar 2005 in Dresden**

Es scheint wohl mittlerweile ein Kuriosum zu sein, einen landwirtschaftlichen Betrieb von Null an aufzubauen, dass Artikel dazu nachgefragt werden. Ein interessierter Mensch hat es neulich auf den Punkt gebracht: „Ihr braucht keine Marketing-Story über euer Produkt, IHR SEID DIE STORY.“

Existenzgründung in der Landwirtschaft ohne eigenen Familienbetrieb im Hintergrund und ohne viel Eigenkapital bedeutet für mich – und ich

### Betriebsspiegel

24 ha Gesamtfläche, davon 14 ha Ackerland und 8 ha Grünland  
11 Milchziegen mit Nachzucht  
4 Hühner und ein Schwein  
Der Betrieb liegt im Dreiländereck Polen/Tschechien/Deutschland, am Fuße des Zittauer Gebirges.

glaube, dies gilt egal ob in Ost oder West – im Grunde genommen erst einmal alles andere zu machen als Landwirtschaft: nebenberuflich Geld zu verdienen, denn Geld wird bitter benötigt. Obwohl dazu genau jetzt, in der größten Bauphase, gar keine Zeit ist. Behörden davon überzeugen, dass man ein Landwirtschaftsbetrieb ist bzw. werden will. „Aber die Betriebs- und Fördernummer bekommen Sie erst, wenn Sie einen Förderantrag stellen, den können Sie erst stellen, wenn Sie ein Landwirtschaftsbetrieb sind, aber ohne Betriebsnummer...“ (O-Ton Landwirtschaftsamt).

Dann das leidige Thema Investitionsförderung (AFP) und der Existenzgründerzuschuss. Klingt gut, aber Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Zukunft bauen auf Buchführungsabschlüssen der Vergangenheit auf, die ein Betrieb in Existenzgründung nicht hat. „Beweisen Sie, dass Ihr Konzept mit der Ziegenkäseproduktion wirtschaftlich ist! Welche Preiserwartungen haben Sie für 2007?“

Und die 10.000 Euro Existenzgründerzuschuss sind die reinste Lachnummer: Dieser wird erst ab einer Investitionssumme von 50.000 Euro gewährt, ab dieser Summe fängt aber auch die

Buchführungspflicht an. Das heißt im Klartext, der Zuschuss geht fürs Steuerbüro und zur Tilgung von Kapitalmarktdarlehen drauf.

Die viel gepriesenen Existenzgründerzuschüsse für den Mittelstand seitens des Bundes (KfW-Kredite) sind übrigens NICHT für landwirtschaftliche Neueinsteiger gedacht. „In der EU gibt es grundsätzlich zu viele Landwirtschaftsbetriebe“ (O-Ton Sachbearbeiterin). Uns im Osten (und dies ist ein Ostproblem!) bleibt nur der überbeuerte R&V-Kredit zu 6,3 % effektivem Zinssatz (wegen Risikozuschlag Landwirtschaft, geringer Eigenkapitalanteil, wenig Sicherheiten). „In Bayern kostet dasselbe Darlehen zwei Prozentpunkte weniger“, so die Aussage der Bankangestellten, „ja wären Sie Häuslebauer, dann könnten wir Ihnen die 4,5 % anbieten.“

So erhärtet sich immer mehr der Eindruck, dass eine landwirtschaftliche Betriebsgründung ohne viel Eigenmittel und mit einem überlegten, nicht überstürzten, vorsichtigen Beginn (Suchen und Besetzen von Marktnischen) in Deutschland nicht gewollt wird. Also – hier schreibt jemand, der letztendlich nicht gewollt wird, der nicht sein soll. „Lasst doch uns das bisschen Land, und drängelt euch nicht auch noch rein“, denken sich die Nachbarn und sicher auch manch einer, der diesen Artikel liest. Was bleibt uns? Der Glaube an uns und unsere Idee, unser Mut und die erste Kundschaft, die neugierig auf den Hof kommt und uns durch ihr Wiederkommen in dem bekräftigt, was wir tun. „Schön, dass es euren Ziegenkäse gibt. Darauf habe ich 30 Jahre gewartet.“

Agnes Mocha

## Existenzgründung in Ostdeutschland

Eigentlich wollte ich davon erzählen, dass eines Morgens, als Bauer Bene beim Skifahren war, die halbe Kuhherde meinen Helfer und mich vom Futtertisch aus begrüßte und wie besonders „spannend“ es war, eine der Flüchtigen aus der Melkkammer, wo sie ganz alleine die Nacht verbracht hatte, in den Stall zurück zu treiben, doch Bauer Bene argwöhnt, dass ich mir ausschließlich als Katastrophenberichterstatterin einen Namen machen will. Drum ein anderes Thema, das mich umtreibt.

Seit ich denken kann, reden wir Dialekt, wie es in unserer Gegend üblich ist. Schon im Kindergarten fiel mir auf, dass sich die Erzieherinnen nur noch schriftdeutsch mit den Kindern unterhielten und die Muttis voll darauf einstiegen, weil frau ja ständig die Angst verfolgt, das „Konkurrenzkind“ ist besser, gescheiter und evtl. schon in der Uni eingeschrieben (darum boomt der Fremdsprachenkurs im Kindergarten so ungemein!).

So wunderte es mich schon immer, wenn Misch-Masch-Sätze wie „Könntest du das mal bitte anfragen (ursprünglich „luaga“ = schauen) oder „Das sollst du doch nicht anfragen“ usw. das natürliche Sprachgefühl der Kinder attackierten und meines Erachtens in zerstörerische Bahnen lenkten. Als ich dann Jugendliche im dörflichen Kaufladen miteinander reden hörte, musste ich mich von meinen Mädels aufklären lassen, dass „Hey, voll krass, Mann!“ angesagt wäre, im Schulbus überwiegend so gesprochen wird, und viele diese „Sprache“ wie eine neue Fremdsprache lernen. Da kamen mir die ersten Zweifel und bleibende Stirnfalten. Zum Glück blieben unsere Kinder unserer Überzeugung treu und



## Wohne auf dem Land und wehre mich täglich

reden auch auf dem Gymnasium Dialekt. Dank guter Deutschnoten konnten sie jeden Lehrer überzeugen, dass dies so passt.

Seit heuer kommt aber Unruhe auf. Der Deutschlehrer unserer Magdalena findet plötzlich, dass ihre Aufsätze höchstens nur noch befriedigend sind. Neulich nahm er sie nach dem Unterricht beiseite und fragte nach, ob sie auch „normal“ reden könne. Er hätte nämlich schon einmal ein Elternteil in der Sprechstunde gehabt, der so genuschelt hätte, dass er ihn gar nicht verstanden habe, und ob wir zu Hause alle so schlecht (!!!) reden würden ... Nachtigall, ich hör dir tapsen ... Wahrscheinlich sieht er uns als zurückge-

bliebene, dumm glotzende, nuschelnde Bauern vor seinem geistigen Auge und vor solchen müsse die Menschheit, zumindest die Kinder, geschützt werden. Dass dies der ortsübliche Dialekt sei und viele Politiker auch Dialekt sprächen, wie Magdalena argumentierte, ließ er nicht gelten und überschüttete sie mit düsteren Begründungen, dass sie mal im Beruf Nachteile hätte, dass sie überall verlacht würde, denn neben Sächsisch wäre Schwäbisch der schlimmste Dialekt in ganz Deutschland usw. ...

Hier wirft sich nun doch die Frage auf, welches Gedankengut auf unsere Kinder losgelassen wird. Woher nehmen „Pädagogen“ das Recht, mit einer sol-

### Betriebsspiegel

Der Betrieb liegt im Allgäu bei Memmingen.  
Im Kuhstall werden gehalten:  
ca. 45 Schwarzbuntkühe,  
ca. 55 Jungvieh.  
39 ha LN, davon 15 ha Pacht,  
4 ha Silomais, 4 ha Klee gras,  
4,5 ha Jungviehweiden,  
26,5 ha Grünland,  
3,7 ha Waldfläche.

chen Überheblichkeit über Kinder zu urteilen und deren Person mit Füßen zu treten? (etwas Anderes ist „lächerlich machen“ in meine Augen nicht) ... Wir werden hartnäckig bleiben nach dem Motto „jetzt erst recht“ und beim nächsten Eltersprechtag werde ich den Lehrer mit Argumenten überhäufen und zwar genauso so, wie ich es am Besten kann, nämlich im Dialekt.

Kordula Sirch

In mechanischer Gelassenheit schnurrte auf der „weltgrößten Ausstellung für Tierhaltung und Management“ EuroTier 2004 ein Schwein aus hartem Plastik als Werbeträger durch die „Schweinehalle“. Dagegen schienen die wenigen lebenden Exponate in den Messehallen vor allem dazu zu dienen, dass die Landwirte die Tier-Originale vor lauter automatischen Melkständen, ferngesteuerten Reinigungssystemen und elektronischen Futterportionierungshelfern nicht gänzlich aus den Augen verlieren. Wie jedesmal standen auf der EuroTier die Maximen größer, billiger, schneller im Vordergrund der meisten vorgestellten Innovationen. Anders beim Wettbewerb „Innovationen aus der ökologischen Tierhaltungspraxis – Landwirte kommen zu Wort“: Der Wettbewerb, der im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau“ durchgeführt und dessen Sieger auf der Messe prämiert wurden, verschaffte vor allem den Ideen von Praktikern und Beratern einen Zugang zum Fachpublikum. Platz zwei und drei des Wettbewerbs ging an zwei kostengünstige Detaillösungen, die im bestehenden Stallgebäude umgesetzt werden können und von den Wettbewerbsteilnehmern auch selbst realisiert worden sind.

## Klein, günstig, artgerecht

Wahre Stallbauinnovationen auf der EuroTier

Als Bioland-Landwirt Detert Brummer-Bange im letzten Jahr am Tag nach Heilig Abend in den Stall kam und einen seiner Ochsen erhängt im Fanggitter liegend vorfand, packte ihn die große Wut über die tierfeindliche Konstruktion dieser an sich praktischen Einrichtung. Nach einiger Überlegung schritt er mit Unterstützung eines örtlichen Handwerkers mit Flex und Schweißgerät zur Tat: Das Fanggitter, das in nicht arretiertem Zustand im unteren Bereich so eng zuläuft, dass es für eine Kuh, die sich bei einem Sturz darin fängt, leicht zur unentrinnbaren Falle wird, wurde tiergerecht umgebaut. Eine nachahmenswerte Innovation befand die Wettbewerbsjury und zeichnete den Landwirt gleich noch für eine andere Idee, die Laufgangberegnung, aus. Nicht selten führt im Sommer angetrockneter Kot im Laufgang zu einer glatten Schmier-schicht, die nur noch schwer entfernt werden kann. Abhilfe schafft bei Land-

wirt Brummer eine Beregnungsanlage, wie sie auch im Gartenbau verwendet wird. Den durch die Anlage angefeuchteten Mist kann der Mistschieber leicht beseitigen.



Die Sauen „treffen“ die Rinne meist. Foto: Wiedmann

Infos beim Biolandhof Brummer-Bange, Tel. 05462-72930, E-Mail: [brummer-bange@t-online.de](mailto:brummer-bange@t-online.de) Vergleichsweise einfach und dabei wirkungsvoll ist auch die Konstruktion, die Rudolf Wiedmann von der Landesanstalt für Schweinezucht Forchheim den dritten Platz im Wettbewerb einbrachte. Er hatte nach einer Möglichkeit gesucht, den Nachteil einer Stro-

heinstreu, die Verschmutzung der Bucht, sobald die Bindekapazität des natürlichen Materials erschöpft ist, zu minimieren. Eine „Schlitzrinne“ sollte nach seiner Vorstellung für eine sichere und arbeitssparende Entwässerung sorgen. Inzwischen hat Wiedmann bereits langjährige Erfahrung mit der selbstentwickelten Rinne gesammelt, für deren Einbau er Materialkosten von etwa zehn bis zwanzig Euro pro Mastplatz veranschlagt und einen Arbeitszeitbedarf von acht Stunden bei 500 Mastplätzen errechnet hat. Optimal funktioniert die Schlitzrinne dann, so hat er herausgefunden, wenn ein fünfprozentiges Gefälle der Betonfläche zur Rinne besteht, wenn nicht zu üppig mit Stroh eingestreut wird, alle zwei bis drei Tage entmistet wird (je nach Tierbesatz und Witterung) und wenn die Rinne etwa jede zweite Woche mit einem flachen Gegenstand komplett gesäubert wird. Damit dies problemlos möglich ist, hat er eine leicht handhabbare Abdeckvorrichtung für die Rinne gleich mitgeplant.

Infos bei Rudolf Wiedmann, Landesanstalt für Schweinezucht Forchheim, Tel.: 0721-9518-118, E-Mail: [Rudolf.Wiedmann@lsz.bwl.de](mailto:Rudolf.Wiedmann@lsz.bwl.de)

Iris Lehmann

Anzeige

Nürnberg, Germany  
24. – 27.2.2005



# BioFach 2005

Hier trifft sich die Biowelt  
Where organic people meet

Weltleitmesse für Bio-Produkte  
World Organic Trade Fair



## Der Ökolandbau trägt reiche Früchte. Tipps, Trends, Fakten ernten Sie auf der BioFach!

Der Appetit auf Bio wächst. Wie sieht die Zukunft des Ökolandbaus aus? Die Biofach informiert Sie über internationale Trends, Erfahrungen und Methoden. Hier trifft sich die Biowelt! Unter der Schirmherrschaft der IFOAM präsentieren rund 1.900 Aussteller das Weltangebot an Bio-Produkten, bis hin zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Vermarktungsbedarf. Infos zu Messe und begleitendem Kongress: [www.biofach.de](http://www.biofach.de)

Veranstalter  
NürnbergMesse  
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 09  
Fax +49 (0) 9 11. 86 06-49 08  
[besucherinfo@nuernbergmesse.de](mailto:besucherinfo@nuernbergmesse.de)

Schirmherr der BioFach  
**IFOAM**  
International Federation of  
Organic Agriculture Movements

NÜRNBERG MESSE



## Arbeit, Umwelt, ländliche Wirtschafts-Entwicklung

Die EU plant neue Regeln für die 2. Säule der EU-Agrarpolitik, also für die Förderung der Ländlichen Entwicklung.

Eine zentrale Voraussetzung ist aber noch unklar: Wie viel Geld stellt Europa hierfür zur Verfügung?

Nettozahler wie Deutschland wollen kräftig streichen. Bevor die 2. Säule erstarkt, droht sie zu verhungern

Zum Jahreswechsel keine guten Nachrichten gibt es für alle, die in eine breite Basis für lebendige ländliche Räume investieren wollen, sei es mit Kapital oder mit persönlichem Engagement. Die Vielfalt der Aktivitäten ist groß, sie reicht vom Bau tiergerechter Ställe oder einer Kleinmolkerei für die Erzeugung lokaler Spezialitäten, vom Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen bis zur Initiierung von örtlichen Netzwerken aus Wirtschaft und Bevölkerung, um angepasste Strategien zur weiteren Entwicklung des Landes zu erarbeiten. Und nicht zuletzt ist auch der große Bereich der besonders umweltverträglichen Wirtschaftsweisen mit dabei bis hin zu Naturschutzmaßnahmen.

Das alles und noch mehr zu unterstützen ist der Europäischen Union ein Anliegen. Maßgeblich unter dem jüngst ausgeschiedenen Agrarkommissar Franz Fischler ist deshalb eine eigene Förderlinie der EU gegründet worden: die Förderung der ländlichen Entwicklung. Sie sollte zu der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ausgebaut und der 1. Säule aus Marktordnungs-Ausgaben und Direktzahlungen beiseite gestellt werden. Die 2. Säule sollte wachsen, damit sie einmal stark genug ist, um im Land Strukturbrüche zu vermeiden, wenn die 1. Säule der EU-Agrarpolitik dem zunehmenden Druck der WTO weichen muss.

### Eine Säule ist kräftig

Bislang wird die 2. Säule diesen Aufgaben, die auf sie warten, bei weitem nicht gerecht. Das gilt in erster Linie vor dem Hintergrund ihrer finanziellen Ausstattung. Im klassischen Agrarhaushalt sind bislang mit rund 4,5 Mrd. Euro nur gut 10 Prozent der Mittel für diese ländliche Entwicklung reserviert. Hinzu kommen zwar noch Mittel aus einem anderen Topf der EU, den Strukturfonds. Aber auch das macht den Braten noch nicht fett.

Im ersten Vorschlag der EU-Kommission zur neuen Agrarreform (damals noch Mid-term-Review oder Halbzeitbewertung der Agenda 2000 genannt) wollte Fischler das Verhältnis der beiden Säulen ändern, zugunsten der ländlichen Entwicklung. 20 Prozent sollte die Modulation oberhalb von betrieblichen Freibeträgen von den Direktzahlungen der klassischen

Agrarpolitik umleiten in die 2. Säule. Der Aufschrei der alten Agrarlobby und in deren Gefolge mächtiger Regierungen war groß. Herausgekommen ist eine Modulation von 5 % (beginnend im Jahr 2005 mit 3 %, in 2006 4 %, ab 2007 dann 5 %) mit einem Mittelumfang von erwarteten 1,2 Mrd. Euro EU-weit. Aber immerhin, es wird mehr.

### Ein anderer Wind?

Nun scheint sich der Wind zu drehen. Nicht mehr soll es werden, sondern weniger. Zumindest arbeiten daran sechs Nettozahler der EU, Staaten also, deren Beiträge an die EU-Kasse das übersteigen, was an Direktzahlungen und Fördergeldern aus der EU-Kasse in das jeweilige Land zurück kommt. Diese Länder (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Österreich, Schweden) wollen

den EU-Haushalt auf 1,0 % des so genannten Bruttonationaleinkommens begrenzen. Bisher liegt die absolute Obergrenze bei 1,24 %. Diese Obergrenze, die in den letzten Jahren nie ausgeschöpft worden ist, soll ab der neuen Finanzperiode (2007 bis 2013) auf 1 % abgesenkt werden, also just zu einem Zeitpunkt, wo die Erweiterung der EU 15 um 10 neue Staaten erst richtig zum Tragen kommen wird – und die nächsten Beitritte mit Bulgarien und Rumänien für 2007 vorgesehen sind. Die „Neuen“ sind alles keine Nettozahler, es kommt mit ihnen unter den Strich nicht mehr Geld in die EU-Kasse. Die Aufgaben wachsen also, das Geld soll aber weniger werden. Gegenüber der schon konservativen Finanzplanung der EU-Kommission bedeutet das eine Reduzierung des EU-Haushaltes um jährlich zwischen 25 und 30 Mrd. Euro.

### Wo sparen?

Die Nettozahler wollen ihren Vorschlag untermauern und erarbeiten derzeit Vorschläge, wo genau denn der Rotstift ansetzen soll. Im Agrarbereich stoßen sie dabei auf einen Beschluss der Regierungschefs vom Oktober 2002, der eine Obergrenze für die Ausgaben der 1. Säule beinhaltet. Was damals von Kanzler Schröder als Deckel für die Agrarausgaben und von seinem damaligen Kontrahenten

### Ländlicher Raum

Auch für den ländlichen Raum gibt es eine Definition. Die EU-Kommission zieht die Grenze zwischen städtischen und ländlichen Kommunen da, wo die Fläche einer Kommune zu mindestens 90 Prozent land- oder forstwirtschaftlich genutzt oder naturbelassen ist. Danach umfassen die ländlichen Gemeinden in der EU 90 Prozent der Gesamtfläche der EU. Hier lebt gut die Hälfte der EU-Bevölkerung.

In Deutschland steigen in den meisten ländlichen Kommunen heute die Einwohnerzahlen, während die meisten Städte Einwohner verlieren. Experten rechnen mit einem anhaltendem Trend in den nächsten Jahren. Selbst Frankfurt/Main verliert Einwohner, während die Umland-Kreise hinzu gewinnen. Aber auch im Land gibt es Kreise mit negativer Bevölkerungsentwicklung, besonders in Ostdeutschland.

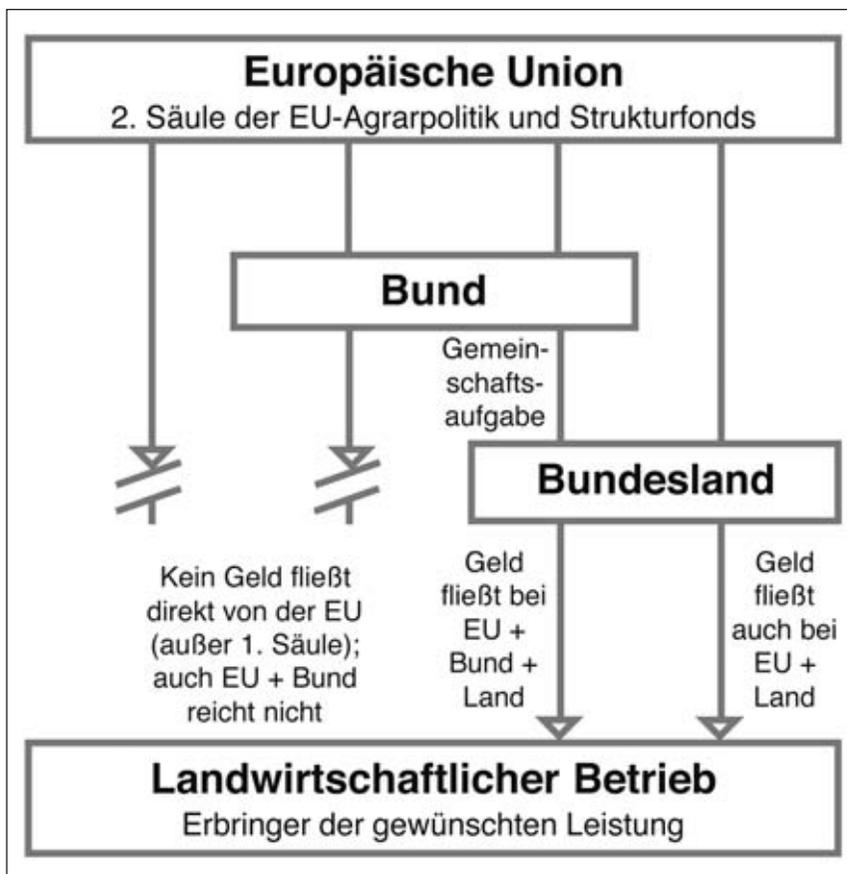
Chirac in Frankreich als Sicherung der 1. Säule verkauft wurde, erweist sich in der aktuellen Diskussion als Blockade der 2. Säule. An diesen Beschluss wollen weder Chirac noch Schröder ran. Dann bleibt im Agrarstat nur die 2. Säule, und so kommt es, dass der Vorschlag der Nettozahler darauf hinaus läuft, die EU-Mittel für die ländliche Entwicklung um die Hälfte zu streichen.

Entsprechend groß ist der Unmut und das Unverständnis all jener, die sich auf politischer Ebene, in Verbänden aus Landwirtschaft, Umwelt und Tierschutz und besonders vor Ort auf den Betrieben und in regionalen Initiativen für eine Umorientierung zugunsten einer stabilen und nachhaltigen ländlichen Wirtschaft eingesetzt haben und sich dabei noch längst nicht am Ziel der notwendigen Entwicklung sehen.

### Und die Aussichten?

Sicher ist schon, dass die Extremposition der Nettozahler nicht beschlossen werden wird. Ein solcher Beschluss bedarf der Einstimmigkeit, d.h. jeder Mitgliedstaat muss zustimmen. Aber selbst eine geringere Absenkung der Haushaltsgrenze wird zu Kürzungen in der Förderung der ländlichen Wirtschaftsentwicklung führen. Die Frage ist, ob es Wege gibt, die den Nettozahlern entgegen kommen und trotzdem zu einem Ausbau der 2. Säule führen. Die Diskussion darum steht noch am Anfang. Der nebenstehende Vorschlag soll diese Diskussion konstruktiv beleben, zum Wohle einer tragfähigen Entwicklung der ländlichen Räume, in denen nicht weniger als jeder zweite EU-Bürger seinen Lebensmittelpunkt hat. *uj*

## Das System der Ko-Finanzierung



Ein kompliziertes System regelt die Finanzströme im Agrarbereich. In der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, wie etwa bei den entkoppelten Direktzahlungen, zahlt die EU den vollen Betrag, den die Betriebe erhalten, allein. Hier gibt es keine Ko-Finanzierung, es ist bislang keine weitere Finanzquelle notwendig, damit die EU-Mittel fließen.

Anders bei der 2. Säule der Agrarpolitik oder den Strukturfonds der EU: Hier müssen auch die Mitgliedstaaten einen Beitrag leisten, damit eine Maßnahme von der EU gefördert werden

kann. In Deutschland ist die Agrarförderpolitik letztlich vor allem Sache der Länder, so dass außer der EU immer das entsprechende Bundesland mit eingeschaltet sein muss, damit die Mittel der 2. Säule auch ausgezahlt werden können.

Allerdings kann auch der Bund einen Teil der notwendigen „nationalen Kofinanzierung“ übernehmen, also das Bundesland unterstützen bzw. entlasten. Das geschieht dann in der Regel über die so genannte „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“. *uj*

## Finanz-Vorschlag

Nettozahler entlasten, ohne die 2. Säule zu zerschlagen

Der EU-Agrarhaushalt umfasst heute insgesamt rund 53 Mrd. Euro, davon knapp 43 Mrd. Euro für Direktzahlungen der 1. Säule, Marktordnung und Exporterstattung, und etwas über 10 Mrd. Euro für die 2. Säule (ländliche Entwicklung).

Der Vorschlag für neue Finanzperspektiven in der EU-Agrarpolitik, den Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf im nebenstehenden Interview erläutert, besteht aus folgenden Teilen:

### 1. Exportsubventionen aufheben

Das ist eine alte Forderung, denn mit Exportsubventionen betreibt die EU Dumping auf internationalen Märkten und zerstört damit Märkte in Entwicklungsländern, was auch der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa keine Vorteile bringt. Hieraus auf der Zeitschiene auszusteigen (z.B. durch eine vernünftige Zuckermarktreform) bringt rund 3 Mrd. Euro jährlich (allein für Zucker rund 1,4 Mrd. Euro).

### 2. Nationale Kofinanzierung auch in der 1. Säule einführen

Wie heute schon in der 2. Säule sollen sich auch in der 1. Säule die EU und der jeweilige Mitgliedstaat die Ausgaben für die Direktzahlungen (ab nächstem Jahr weitgehend entkoppelt) teilen: die EU übernimmt 75 %, der Mitgliedstaat 25 %. Für den EU-Haushalt bedeutet das bei rund 32 Mrd. Euro Direktzahlungen eine Entlastung von 8 Mrd. Euro jährlich.

### 3. Gleiche Kofinanzierung in beiden Säulen schaffen

Gleichzeitig soll der Finanzierungsanteil der EU in der 2. Säule auf den gleichen Prozentsatz angehoben werden, also von heute 50 % (bzw. 60 % für einige Maßnahmen) auf 75 % – wie dann für die 1. Säule. In wirtschaftlich schwierigen Gebieten (Ziel 1- bzw. Kohäsionsgebiete) soll der Anteil der EU von heute 75 % auf 85 % steigen. Zusammen bedeutet das Mehrausgaben von rund 5,5 Mrd. Euro jährlich. *uj*

### 4. Modulation erhöhen

Die Modulation, also die Kürzung der Direktzahlungen (oberhalb eines Freibetrages von 5.000 Euro/Betrieb) zugunsten der 2. Säule, soll von den beschlossenen 5 % (Satz ab dem Jahr 2007) um 15 % auf 20 % erhöht werden. Während aber die bisherige Modulation immer eine Kürzung bedeutet, die in den nationalen bzw. EU-Topf für die 2. Säule geht, sollen die zusätzlichen 15 % Modulation im Betrieb verbleiben, wenn er schon in der Weise aktiv ist, wie es mit der Förderung über die 2. Säule angestrebt ist. Wer die Kriterien der 2. Säule also erfüllt, dem werden die 15 % nicht abgezogen; gekürzt wird nur, wenn der Betrieb sich entscheidet, die Kriterien nicht zu erfüllen. Durch diese zusätzliche Modulation werden EU-weit rund 5 Mrd. Euro jährlich direkt oder indirekt an die 2. Säule gebunden.

### 5. Haushalts-Entlastung nutzen

In der Gesamtrechnung ergibt sich durch die ersten drei Punkte eine Entlastung des EU-Haushaltes in Höhe von 5,5 Mrd. Euro jährlich, d.h. in den sieben Jahren der Finanzperiode 2007-2013 insgesamt rund 38 Mrd. Euro. Die zusätzliche Modulation ist hier nicht eingerechnet, weil sie bei entsprechender gewünschter Reaktion der Betriebe haushaltsneutral ist. Wie die rund 38 Mrd. Euro verwendet werden, wird Ergebnis einer Debatte sein müssen, in der die Forderungen der Nettozahler nach einer Entlastung zu berücksichtigen sind, ebenso wie die verstärkten Anforderungen in der 2. Säule, denn der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass die bestehenden Maßnahmen wie LEADER und Natura 2000 zukünftig auch aus den Mitteln zur Ländlichen Entwicklung finanziert werden sollen. Ohne eine Ausweitung der Mittel für die 2. Säule würde das zulasten der bisherigen Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung gehen.



### Hinweis

Dieser Schwerpunkt der Bauernstimme wurde im Rahmen eines Projektes von der Stiftung Europäisches Naturerbe EURONATUR und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) erarbeitet, das durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanziell gefördert wird. Kontakt zum Projekt: **AbL**: Tel. 02381-9053170, [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de), **Euronatur**: Tel. 02226-2045, [www.euronatur.org](http://www.euronatur.org)

# Mehr Geld für ländliche Wirtschaftsentwicklung

Der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf schlägt vor, die Mitgliedstaaten an den Direktzahlungen der 1. Säule zu beteiligen und eine erweiterte Modulation einzuführen

**Bauernstimme: Europa baut an einem neuen Rahmen für die ländliche Entwicklung. Daraus wird nicht viel werden, wenn sich Deutschland und fünf andere Nettozahler mit der Forderung durchsetzen, den EU-Haushalt auf 1 % des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen. Wie kommt das in Brüssel an?**

Graefe zu Baringdorf: Das Europäische Parlament weist diese Forderung zurück, weil natürlich politische Aufgaben, die an die europäische Ebene gestellt sind, auch einer entsprechenden finanziellen Absicherung bedürfen. Wenn die gültige Obergrenze 1,24 % auf 1 % gekürzt wird, dann fehlen 25 bis 30 Mrd. Euro jedes Jahr.

**Was heißt das für die Landwirtschaft?**

Im landwirtschaftlichen Bereich ist die 1. Säule durch Ratsbeschluss bis 2013 finanziell abgesichert, nicht aber die 2. Säule. Es besteht also die Gefahr, dass genau hier gespart wird. Das ginge aber an den Kern der neuen Agrarpolitik und der sich daraus ergebenden Perspektive für die bäuerlichen Betriebe und den ländlichen Raum insgesamt.

**Könnte Deutschland die Mittel, die es weniger nach Brüssel überweist, nicht direkt für die ländliche Entwicklung einsetzen?**

Richtig ist, dass Deutschland als Milliarden-Nettozahler von zwei Euro, die es nach Brüssel überweist, nur einen Euro an finanzieller Leistung zurück bekommt. Würde Deutschland den einen Euro direkt national für Maßnahmen verwenden, könnte Finanzminister Eichel mit dem zweiten Euro das Geld für die ländliche Entwicklung im Land verdoppeln; er kann ihn aber auch einsparen. Unsere Befürchtungen gehen sogar weiter: Eichel würde nicht nur den zweiten Euro sofort einbehalten, sondern auch an den ersten ranwollen.

**Gibt es einen Ausweg?**

Wir müssen eine Finanzierung suchen, die den Agrarhaushalt der EU nicht aufbläht, sondern zu einer anderen Verteilung führt. Wir müssen an die Finanzierung der 1. Säule herangehen.

**Wir haben noch in den Ohren, die EU-Agrarreform mache die Zahlungen sicherer.**

Unser Vorschlag sieht nicht eine Kürzung der Zuwendungen für die

Betriebe vor, sondern die Art der Vergabe soll anders gestaltet sein. Bisher ist für die Mitgliedstaaten die 2. Säule weniger attraktiv, weil sie hier – anders als bei den Direktzahlungen der 1. Säule – immer einen Anteil national mitfinanzieren müssen. Diese Ungleichheit wollen wir beenden. Wir sehen auch in der 1. Säule das Instrument der obligatorischen Kofinanzierung vor. Brüssel übernimmt dann nicht mehr 100, sondern 75 % der Direktzahlungen, die restlichen 25 % zahlt der Mitgliedstaat.

**Ändert sich etwas für die Betriebe?**

Die Betriebe werden von der Kofinanzierung in der 1. Säule so wenig merken wie bei der 2. Säule bisher. Aber für die Nettozahler bedeutet das eine Entlastung. Für die Nettoempfänger, die bisher mehr aus Brüssel bekommen als sie selbst einzahlen, ist es allerdings eine höhere Belastung.

**Warum sollten sie dem zustimmen?**

Der Druck der Nettozahler ist enorm. In unserem Vorschlag machen wir den Nettoempfängern aber ein Angebot:



Der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

Ein Teil dessen, was im EU-Haushalt in der 1. Säule eingespart wird, wird der 2. Säule zur Verfügung gestellt. Damit lassen sich dort mehr Maßnahmen fördern, und wir wollen den Kofinanzierungsanteil der EU in der 2. Säule erhöhen, von jetzt 50 bzw. 60 % auf 75 % und in den einkommensschwachen Regionen von 75 auf 85 %, so dass die Förderung der ländlichen Entwicklung auch finanziell lukrativer wird.

**Der Vorschlag sieht auch eine Erhöhung der Modulation vor.**

Wir wollen die Modulation von den beschlossenen 5 % auf 20 % erhöhen, allerdings bauen wir einen neuen Mechanismus ein: Die zusätzlichen 15 % werden den Betrieben als eine Art Erst-Ziehungsrecht gewährt. Wenn sie die Kriterien der 2. Säule erfüllen und das Geld für die Wirtschaftsentwicklung der Betriebe oder der Regionen einsetzen, werden die 15 % nicht einbehalten.

**Machen wir es konkret: Ein Milchviehbetrieb bekommt 15.000 Euro im Jahr ...**

... davon bleiben bei der Modulation, wie beschlossen, die ersten 5.000 Euro kürzungsfrei. Bei den restlichen 10.000 Euro greift die Modulation. 5 %, also 500 Euro, gehen laut Reform-Beschluss in die allgemeine Modulation. Nach unserem Vorschlag kommen nun 15 % weitere Modulation hinzu, im Beispiel also 1.500 Euro. Die werden dem Betrieb nicht abgezogen, wenn er zum Beispiel am Aufbau einer regionalen Milchverarbeitung beteiligt ist, seinen Stall tiergerecht umbaut oder die Kühe im Sommer weiterhin auf die Weide treibt und Grünland

muss man sich abschminken. Es soll der Anreiz gesteigert werden, in die ländliche Wirtschaftsentwicklung zu investieren. Dies hat auch die Entkopplung im Kern zum Ziel. Die Entkopplung soll eine Freisetzung der Betriebe für eine breitere Wirtschaftstätigkeit bewirken. In der jetzigen Diskussion darum, ob Mulchen ausreichen soll, um die Zahlungen zu bekommen, merken wir aber, wie offensichtlich einige meinen, sie könnten dieses Geld benutzen, wie immer sie wollen. Aber so wird die Wirtschaftsentwicklung der Betriebe und des ländlichen Raumes eben nicht gefördert.

**War die Entkopplung falsch?**

Nein. Wir sind ja stark der damaligen Äußerung des Bauernverbandes entgegengetreten, es würde dann Geld fürs Nichtstun gegeben. Die Entkopplung hat gerade zum Ziel, die Entscheidungsfreiheit der Betriebe in ihrer Wirtschaftstätigkeit zu erhöhen. Sie sollen sich frei an ihren jeweiligen Märkten orientieren können, und das heißt wirtschaften. Dass gerade der Bauernverband, der bislang immer gegen die Entkopplung war, nun Kriterien des Nicht-Wirtschaftens durchgesetzt hat, erhöht genau die Gefahr, dass Betriebe auf das Minimum „Mulchen alle paar Jahre“ zurückgehen und die Gelder eben nicht für die wirtschaftliche Entwicklung nutzen, sondern irgendetwas anderes damit machen. Damit wandert letztlich Geld aus dem ländlichen Raum ab, der Strukturwandel wird sich verschärfen, wo genau das Gegenteil angestrebt war. Notwendig sind also sozial-ökonomische Kriterien, wie sie schon unserem Vorschlag zur Anbindung der Prämien an die Arbeitsleistung der Betriebe zugrunde liegen.

■ ■  
**Wir wollen den Anreiz erhöhen, in die ländliche Wirtschaftsentwicklung zu investieren.**  
■ ■

erhält. Entscheidet er sich dagegen, fließen die 1.500 Euro in den allgemeinen Topf der 2. Säule und werden für die ländliche Wirtschaftsentwicklung allen Betrieben zur Verfügung gestellt.

**Was ist der Vorteil dieser andersartigen Modulation?**

Wir können auf eine aufwendige Antragstellung und Abwicklung verzichten. Natürlich muss der Betrieb beurteilt werden, ob er den Kriterien der 2. Säule entspricht. Also von dem Geld eine Aktie bei VW zu kaufen oder eine Reise an die Côte d'Azur,

**Müssten dann über die Modulation nicht nur 20 %, sondern 100 % der Direktzahlungen an die Wirtschaftsentwicklung der ländlichen Räume gebunden werden?**

Schon bei zusätzlichen 15 % wird der Aufschrei groß sein, weil das von einigen als Gängelung empfunden werden wird. Wir meinen aber, dass dieses eine Notwendigkeit ist, um deutlich zu machen, wohin insgesamt die Richtung der Fördergelder gehen muss. Anders werden sie nicht zu halten sein – nur so sind sie gesellschaftlich abzusichern. *uj*

## Den Mehrwert verwurzeln

Damit die Mittel der EU-Agrarpolitik auch tatsächlich im Land Früchte tragen. Auch privates Geld und Stiftungskapital sollte die EU zur Kofinanzierung zulassen, fordert das europäische Netzwerk PREPARE

Die Frage, wie viel öffentliches Geld die Mitgliedstaaten und die EU in Zukunft für die Wirtschaft im ländlichen Raum bereitstellen werden, steht momentan im Vordergrund der Debatten um die Zukunft der ländlichen Entwicklung. Vieles hängt davon ab, wie attraktiv sich der Standort Land darstellen kann – in wirtschaftspolitischer und in gesellschaftspolitischer Hinsicht.

### Schätze des Landes

Er hat viel zu bieten, und einige Potentiale werden noch viel zu wenig genutzt und unterstützt. Dass auf dem Lande innovative Kräfte schlummern und Mut zur Veränderung vorhanden ist, hat sich vor allem in den EU-Gemeinschaftsinitiativen gezeigt. LEADER und INTERREG (grenzüberschreitende Zusammenarbeit), aber auch nationale Wettbewerbe wie *Regionen Aktiv* haben ein breites Spektrum an Projekten geschaffen, aus denen neue Unternehmen und Arbeitsplätze entstanden sind. Diese Entwicklung von unten hat auch neue private Investitionen mobilisiert. Was aber bislang fehlt sind Förderstrukturen, die öffentliche und private Investitionen für eine Erneuerung der ländlichen Infrastruktur zusammenführen.

### Private Ko-Finanzierung

Die Brüsseler Mittel für die ländliche Wirtschaftsentwicklung fließen immer nur, wenn die Mitgliedstaaten – oder in Deutschland auch die Bundesländer – den notwendigen nationalen Anteil dazu geben. Das Prinzip der „Kofinanzierung“ erfordert das. Aber auch hier ist das öffentliche Geld knapp, was regelmäßig dazu führt, dass nicht alle zur Verfügung stehenden EU-Mittel abgerufen werden.

Die Stiftung für die Karpaten, Mitglied des Europäischen Stiftungsverbandes, und das pan-europäische Netzwerk PREPARE (Partnership for Rural Development), haben der Kommission und dem Zentrum der europäischen

Stiftungen EFC einen Vorschlag unterbreitet, der eine dritte Säule der Finanzierung von Projekten aus privaten Mitteln schaffen soll. Unter dem Namen SPIRE (Investitionen in die soziale und private Initiative im ländlichen Europa) soll ein Fonds aus Beiträgen von Stiftungen, Unternehmen und Banken, der EU und der Mitgliedstaaten entstehen, aus dem die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Partnern finanziert werden soll.

Die EU ist gefordert, es zuzulassen, dass nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch solche privaten Stiftungsmittel als nationale bzw. regio-

naln Kostenerlöse oder Landpreise zu nutzen.

Es gibt zwei Methoden, Investitionen auf dem Lande besser zu verwurzeln. Eine unfreiwillige und eine freiwillige. Die unfreiwillige heißt Modulation: Ein Teil der Direktzahlungen, die über einem bestimmten Betrag liegen, wird in die aktive ländliche Wirtschaftsentwicklung gelenkt. Das kann ähnlich wie das Modell der Anrechnung von Arbeitskräften bei der Prämienkürzung geschehen: Wer mehr Menschen beschäftigt, bekommt weniger abgezogen. Ausgeweitet auf Investitionen in die ländliche Wirtschaft kann das heißen: Wer in bestimmte Maßnahmen

Projekt, eine Möglichkeit, sich finanziell zu engagieren, ohne das Projekt selbst auf die Beine stellen und umsetzen zu müssen. Es muss also eine Investitionsmöglichkeit geben, die ein persönliches Interesse der abwesenden mit dem der auf dem Lande anwesenden Menschen verbindet.

Beide Methoden müssen sich ergänzen. Die unfreiwillige muss verhindern, dass Geld aus der entkoppelten Hektarprämie aus der ländlichen Wirtschaft abfließt und dafür sorgen, dass es in neue spezifisch ländliche Wirtschaftsbereiche investiert wird. Die freiwillige muss dafür sorgen, dass ein diffuses oder auch spezifisches Interesse von Menschen am ländlichen Raum durch konkrete Projektangebote beziehungsweise Zeichnung von ländlichen Wirtschaftsanteilen aufgenommen und in langfristiges Engagement umgewandelt wird.

### Börse fürs Land

So könnte eine Börse fürs Land entstehen, durchaus mit Aussichten auf Erfolg. Sie wird zunächst mit Informationen, Fördermöglichkeiten und Partnerschaften handeln; später vielleicht auch mit echten Anteilen an innovativen Projekten und Unternehmen. Der Wert ländlicher Aktien wird sich wie üblich nach den Erwartungen der Käufer richten und nach dem möglichen Erfolg.

*Hannes Lorenzen, Berater im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments und Mitbegründer des PREPARE-Netzwerkes ([www.preparenetwork.org](http://www.preparenetwork.org)). Kontakt: [hlorenz@europarl.eu.int](mailto:hlorenz@europarl.eu.int)*

*Der ungekürzte Text des Autors steht im Kritischen Agrarbericht 2005, der Mitte Januar erscheint.*



Das Land hat zu viel zu bieten, als dass es auf den Mehrwert verzichten sollte.

Foto: Archiv

nale Ko-Finanzierer einspringen können. Leider hat die EU-Kommission diesen Vorschlag bislang noch nicht aufgenommen. Dies ist im Hinblick auf die gewünschte Stimulierung von öffentlich-privaten Partnerschaften eine ernstzunehmende Schwäche des Verordnungs-Entwurfs zur Ländlichen Entwicklung. Das sollte nicht so bleiben!

### Mehrwert investieren

Es geht um nicht weniger, als ein System zu organisieren, das ein Abfließen des auf dem Land erzeugten Mehrwerts verhindert und für Re-Investitionen auf dem Lande sorgt. Sonst liegt der Standortvorteil wie üblich nur darin, die niedrigeren

zur Verarbeitung, Veredelung, Fortbildung oder in soziale Infrastruktur investiert, bekommt weniger oder nichts abgezogen (siehe Seiten 12-13).

### Wurzeln pflegen

Die freiwillige Methode setzt bei der sozialen Bindung an. Viele Menschen, die das Land oder ihr Dorf verlassen haben, sind in der Stadt wohlhabend geworden, haben aber die Bindung zum Land nicht verloren. Einige haben einen Zweitwohnsitz auf dem Lande oder den Wunsch, dorthin im Rentenalter zurückzukehren. Sie haben in der Regel ein Interesse an der Erhaltung der Landschaft und am sozialen Leben und wären bereit, in ihren Ort zu investieren. Was fehlt ist in der Regel ein

## Nur die Sorte zählt

Kein OLG in Deutschland stützt pauschales Auskunftersuchen der STV

Es reicht nicht, dass jemand Gummistiefel trägt, es reicht aber ernsthaft auch nicht, dass jemand Bauer ist, Ackerbau betreibt und Getreide anbaut – all das sind nach Auffassung des Oberlandesgerichtes Braunschweig keine zulässigen Anhaltspunkte, die die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) vorbringen kann, um Auskunft über den Nachbau geschützter Sorten zu erlangen. Damit befindet es sich in Gesellschaft der OLGs in Frankfurt, Düsseldorf und Naumburg, die einmütig die Argumentation der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze unterstützen: Als Anhaltspunkt muss die konkrete Sorte genannt werden, die der jeweils um Auskunft Gebetene in seinem Betrieb verwendet hat. Nur dann muss der Angefragte darlegen, ob er mit dieser Sorte Nachbau betrieben hat. Für welche Zeiträume er zu der Verwendung der Sorte Auskunft geben muss, ist wiederum noch nicht endgültig geklärt.

Mit seinem Urteil hat das OLG Braunschweig beide EuGH-Entscheidungen (Auskunftsverfahren Landwirte sowie Aufbereiter) so mit Leben gefüllt, wie es auch die EU-Kommission als Gesetzgeber im Sinn hatte. Die STV ist mit ihrem pauschalen Auskunftersuchen, mit ihren Fragebögen und ihrer Liste von über 500 Sorten, aber auch mit ihrer konkreten Unterstellung an Bäuerinnen und Bauern, sie verwendeten einen „Sortenmix“, nun endgültig gescheitert. Mittlerweile stützt kein Oberlandesgericht in Deutschland mehr die Auffassung der STV, ein Recht auf eine pauschale Auskunft zu haben. Bauern und Bäuerinnen sollten spätestens jetzt STV-Anfragen mit der Rückfrage quittieren, für welche im Betrieb verwendeten Sorten denn um Auskunft ersucht würde. Leider hat die STV über all die Jahre der pauschalen Auskunftersuchen schon viel zu viele Daten gesammelt, die Aufschluss geben über das Anbauverhalten in der Landwirtschaft. Jetzt erst recht

heißt dann, den unrechtmäßigen Praktiken ein Ende zu setzen.

Claudia Schievelbein



Gummistiefel auf dem Hof sind kein Anhaltspunkt zur Nachbau-Auskunft. Foto: Schimpf



### Festtagsgrüße

Post zum Fest wünscht man sich ja eigentlich, aber auf Drohbriefe von der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) kann man sicher nicht nur rund um Weihnachten verzichten. Trotzdem sind sie derzeit wieder vermehrt unterwegs. Zum Einen versucht die STV auch nach dem für sie negativen EuGH-Urteil zur Auskunftspflicht der Aufbereiter erneut per Einschüchterungstaktik Pauschalauskünfte einzufordern, zum anderen will sie wieder einmal vermehrt Klagen anstrengen. Letzteres hat auch damit zu tun, das aufgrund von Änderungen im Zivilrecht zum 31.12. des Jahres bestimmte Ansprüche zu verjähren drohen, auf deren Durchsetzung die STV nicht verzichten möchte. Hier geht es im wesentlichen darum, dass Ansprüche der STV in Bezug auf Kontrolle und Gebührenerhebung verfallen könnten. Wer Rat und Tat im Umgang mit den verschiedenen Weihnachtsgrüßen der STV sucht, sollte sich an die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze wenden. cs

## Aussitzen durch Aussetzen?

Die kleinen Tricks der Saatgut-Treuhand

Aussetzen lassen möchte diesmal die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) den Fall, am liebsten würde sie ihn wahrscheinlich überhaupt gar nicht mehr weiterverhandeln lassen, aber dummerweise hat sie das Ganze angefangen. Es geht um einen kleinen bayerischen Betrieb, der Saatgut für Bäuerinnen und Bauern aufbereitet. Dieser soll die Kundendaten, die er bei seiner Tätigkeit vermeintlich gewinnt – ginge es nach dem

Willen der STV – derselben bzw. den Pflanzenzüchtern zwecks der Erhebung von Nachbaugebühren mitteilen. Mitten in die laufende Klage der STV auf Auskunft platzte die Entscheidung des EuGH gegen eine pauschale Auskunftspflicht der Aufbereiter. Prompt möchte die STV den bayerischen Fall nun aussetzen, nachdem sie vorher, noch vor der EuGH-Entscheidung, zweimal Anträge der Anwälte des Aufbereiters – er wird vertreten durch die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze – auf Aussetzung des Verfahrens abgelehnt hatte. Als die höchstrichterliche Entscheidung noch ausstand, hätte eine Verfahrenspause Sinn gemacht, um das EuGH-Urteil dann in den Prozess einbeziehen zu können, jetzt geht es bei einer Aussetzung lediglich um eine taktische Verzögerung des Verfahrens. Die STV mag die Hoffnung haben, bei einer Pause dieses Prozesses mit einem aus ihrer Sicht erfolgversprechenderen Fall einen anderen Präzedenzfall zu schaffen.

List, Tücke und juristische Winkelzüge, die weniger der Klärung des Sachverhaltes dienen als den Zielen der Klägerin, versucht sie immer mal wieder gerne einzusetzen. Eine „künstliche List“ entdeckte ja auch schon der Generalanwalt des EuGH im Prozess um die Auskunft der

Bäuerinnen und Bauern. Und auch in laufenden Verfahren wie dem des bayerischen Aufbereiters trickst die STV noch an anderer Stelle: Der EuGH hat im Verfahren um die Auskunft der Bäuerinnen und Bauern sowie der Aufbereiter betont, dass der Sortenschutzinhaber kein Recht hat, Auskunft zu verlangen, wenn er nicht über die entsprechenden Anhaltspunkte verfügt. Die EU-Kommission als diejenige, die das Gesetz gemacht hat, spricht in einer Stellungnahme davon, dass Anhaltspunkte vom Sortenschutzinhaber vorgelegt werden müssen. Die STV möchte den Urteilspruch des EuGH allerdings dahingehend auslegen, dass sie zwar über Anhaltspunkte verfügen muss, diese dem Bauern oder Aufbereiter aber nicht in ihrer Anfrage nennen muss. Nach einer erfolglosen Anfrage könnte die STV dann eine Klage anzetteln und dem Beklagten dann aus im Verfahren vorgelegten Anhaltspunkten eine Verletzung der Schutzrechte des Sortenschutzinhabers stricken. Die feine englische Art oder ein partnerschaftlicher Umgang, den ja die Züchter angeblich so gern mit den Bäuerinnen und Bauern pflegen wollen, ist das sicherlich nicht. Ob dies Vorgehen vor Gericht Bestand hat, wird wohl dieser Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht zeigen. cs

### Viel keimte

900 mal säten Menschen in ganz Deutschland in den vergangenen Monaten demonstrativ Getreide aus, ohne Nachbaugebühren zu bezahlen. Ihre Tat dokumentierten sie mit einer Postkarte an die Initiatoren der Aktion „Widerstand keimt auf“ der BUKO Kampagne gegen Biopiraterie. Die Aktivisten wollten mit der Kampagne auf die Vorreiterrolle Deutschlands bei der Erhebung der Nachbaugebühren aufmerksam machen und weiter auf die negativen Auswirkungen auch auf die Bäuerinnen und Bauern des Südens hinweisen (die Bauernstimme berichtete). Die 900 Postkarten wurden zum Abschluss der erfolgreichen Kampagne während einer internationalen Konferenz an Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast übergeben. cs

## Sauberes Saatgut für Wahlfreiheit!

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU spricht sich in seiner am 16. Dezember verabschiedeten Initiativstellungnahme zur Koexistenz für das Verursacherprinzip, vorsorgende Sicherheit und die Wahlfreiheit für Verbraucher und Landwirte aus. Wie Berichterstat-ter Bernd Voß von der AbL erläutert, gehört dazu auch, gentechnische Verunreinigungen an der Quelle und nicht erst im Endprodukt zu vermeiden oder zu kennzeichnen. „Es ist einfacher, z.B. 4.000 Tonnen Raps-Saatgut sauber zu halten, als 5 Mio. Tonnen Ernteware mit unbekanntem Reinheitsgrad zu kontrollieren und zu kennzeichnen.“ Auf die landwirtschaftlichen Betriebe kommt mit der Koexistenz zusätzlicher Aufwand zu. Die EU-Kommission geht von einem Verunreinigungshöchstwert des Erntegutes von 0,9 % aus, die Hersteller von Lebensmitteln verlangen jedoch von den Landwirten die Einhaltung von 0,3 bis 0,5 %, um beim Endprodukt den Höchstwert von 0,9 % garantiert nicht zu überschreiten. Die Kosten der Koexistenzmaßnahmen allein für Kulturen wie Raps und Mais werden sich in Europa auf zusammen annähernd 1 Mrd. € belaufen. pm

## Milchfusion zur Nr. 3

Die Fusion zwischen den Genossenschafts-Molkereien Hochwald und Starmilch ist beschlossene Sache. Durch die Verschmelzung zum 1. Januar 2005 entsteht ein neuer Riese auf dem deutschen Milchmarkt. Hochwald/Starmilch wird laut *Ernährungsdienst* zusammen 1,8 Mrd. kg Milch erfassen und damit drittgrößter Milchverarbeiter nach der Nordmilch (4,37 Mrd. kg) und Humana (2,175 Mrd. kg). Übernehmender Part und größerer Partner ist die Hochwald-Gruppe mit der Muttergenossenschaft Erbeskopf-Eifelperle. Deren Milchaufkommen lag 2003 bei 1,184 Mrd. kg. Beide Genossenschaften erwarten laut *Frankfurter Rundschau* von der Fusion „weit reichende Kostensenkungen vor allem bei der Verwaltung“. Diese wird den Sitz bei Hochwald im rheinland-pfälzischen Thalfang haben. Der Starmilch-Standort im hessischen Fulda mit 40 Beschäftigten werde komplett aufgegeben. Insgesamt sollen bei der Starmilch 80 Arbeitsplätze gestrichen werden, die anderen Standorte jedoch erhalten bleiben. Der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Hans-Arthur Bauchhage erwartet Großes von der Fusion: „Mit dem neuen Unternehmen können die Wettbewerbsstellung der heimischen Milchwirtschaft und somit die Milchauszahlungspreise und Einkommen der Landwirte in Rheinland-Pfalz und Hessen stabilisiert und sogar noch weiter verbessert werden.“ eda

## Discount-Löhne in Geflügelfabrik

Mit bisher zwei Warnstreiks haben die Beschäftigten der „Gräfen-dorfer Geflügel GmbH“ im sächsischen Mockrehna (bei Torgau) einen Tarifvertrag und ordentliche Arbeitsbedingungen verlangt. Wie die Gewerkschaftszeitung *Grundstein* berichtet, will die Geschäftsleitung eine „Vereinbarung“ mit dem Betriebsrat – es solle weniger Geld und Rechte sowie 5 Urlaubstage weniger geben. Für die Arbeitsschutzkleidung und deren Reinigung sollen monatlich 2 Stunden unentgeltlich gearbeitet werden. Der Geflügelkonzern Alfa, der sich vor kurzem den ländlich klingenden Namen „Gräfen-dorfer“ zulegte, verarbeitet laut Gewerkschaft IG BAU täglich 200.000 Hähnchen für Discounter wie Aldi oder Lidl. pm

## Polens Fleischmarkt sehr beliebt

Der US-Konzern Smithfield Foods, weltweit größter Vermarkter von Schweinefleisch (siehe Artikel auf Seite 17), übernimmt den polnischen Fleischverarbeiter Morliny. Wie die *Lebensmittelzeitung* berichtet, wird die Neuerwerbung in Smithfields polnische Tochtergesellschaft Animex, einen früheren Staatsbetrieb, integriert. Die Amerikaner werden damit zum führenden Fleischverarbeiter in Polen und verdrängen den bisherigen Marktführer, das polnische Schlachtunternehmen Sokolow – und damit den dänischen Schlachtkonzern Danish Crown, der seit kurzem dessen Mehrheits-eigentümer ist (siehe B5 9/04).

Smithfield war gleichzeitig in Rumänien aktiv und hat dort die Comtim Group SRL übernommen. Mit dem Engagement im Osten baut der Fleisch-Riese seine Position in Europa aus, erst im Sommer hatten die Amerikaner den französischen Fleischwarenhersteller Jean Caby übernommen und ihren Anteil am spanischen Fleischwarenhersteller Campofrio erhöht. Smithfield hat laut *Lebensmittelzeitung* seit 1981 25 Unternehmen übernommen, beschäftigt weltweit 45.000 Mitarbeiter und setzt rund 10 Mrd. US-Dollar um. eda

Kurzes am Rande

# Mammutmolkerei soll's richten

Campina Arla will die größte Genossenschaftsmolkerei der Welt werden. Ob das den Bauern bessere Preise bringt, ist umstritten

Campina Arla, so soll das größte genossenschaftliche Molkereiunternehmen der Welt heißen, einen Umsatz von 10 Mrd. Euro soll es machen, 28.000 Mitarbeiter beschäftigen und 21.000 Milchviehaltern gehören, 2.000 davon in Deutschland. Beide Molkereien haben die Fusion verkündet, im Frühjahr 2005 müssen noch deren Mitgliederräte zustimmen und es braucht den Segen der EU-

Durch die Fusion entstehen erhebliche Kosteneinsparungen, vor allem in Verwaltung und Vertrieb, meldeten Arla und Campina an die Presse. 134 Mio. Euro im Jahr soll die Fusion den Milchbauern als Rationalisierungsvorteil einbringen, so Justinus Sanders. Wie zu erwarten, begrüßt der Deutsche Bauernverband die Fusion, passt sie doch in sein Konzept, die „zersplitterte genossenschaftliche Molke-

	Umsatz EU / D in Mrd. €	Milchmenge in Mrd. kg	Auszahlungspreise 2003 in €/100 kg*	Marken in Deutschland
Arla Foods (incl. Arla GB)	6,5 / 0,252	8,6	Schweden: 31,99 Dänemark: 31,77, GB: 26,13	Buko Frischkäse
Campina Milchunion	3,7 / 1,1	5,75	30,11	Campina, Mona, Tuffi Landliebe

Die Zahlen beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2003/04, \*nach internationalem Milchpreisvergleich 2003, Preise für Jahreslieferungsmenge von 350.000 kg, 4,2 % Fett und 3,35 % Eiweiß ohne MwSt., incl. Nachzahlungen (Quellen: Arla, Campina, AgE, ED, HSt)

Kommission. Campina Arla würde damit zweitgrößter Milchverarbeiter der Welt nach dem Schweizer Nestle-Konzern und laut *Agra Europe* gut 12 Prozent der europäischen Milchproduktion verarbeiten. Zum Vergleich: Die Nordmilch, Deutschlands größter Molkereikonzern, erfasst 4,37 Mrd. kg und macht einen Umsatz von etwa 2,2 Mrd. Euro.

Die dänisch-schwedische Arla war im Jahr 2000 durch die Fusion der jeweils beherrschenden Milch-Genossenschaften der beiden Staaten entstanden und hat dort Marktführerschaft inne, seit diesem Jahr ist Arla durch eine Übernahme auch in Großbritannien Marktführer. Campina ist die größte Molkerei in den Niederlanden und in Deutschland immerhin Nummer vier – Arla, die bislang nicht zu den Größten hierzulande gehörte, wird mit der Fusion den Zugang zum deutschen Markt erweitern. Europaweit war Arla Foods schon vor der Fusion der größte Milchverarbeiter, Campina die Nummer drei nach der französischen Molkerei Lactalis.

Arla und Campina standen vor einem Jahr schon einmal knapp vor dem Zusammenschluss, damals haben die Niederländer doch noch gekniffen, die Machtverhältnisse waren dem kleineren Partner nicht ausgewogen genug. Jetzt scheint bei der Stellenbesetzung viel Wert auf Gleichberechtigung gelegt worden zu sein: der neue Manager von Campina Arla soll Justinus Sanders, gegenwärtig Campina-Chef, werden, sein Vize Ake Modig, der bisher Arla Foods führte. Arlas Aufsichtsratschef Knud Erik Jensen bekommt diesen Posten auch im neuen Konzern, Kees Wantenaar von Campina wird sein Stellvertreter.

riewirtschaft“ zu bereinigen, um bessere Preise zu erzielen.

### Wer bekommt den Fusionsgewinn?

Vor allem die Arla-Lieferanten scheinen skeptisch zu sein, dass die Fusion ihnen bessere Preise beschert. „Es gibt diesen heiligen Namen Fusion, damit soll die ganze Welt geklärt werden“, sagt Hinrich Jürgensen, ehemaliges Mitglied des Arla-Aufsichtsrats aus Dänemark, „aber bei den Fusionen der beiden Großmolkereien in Dänemark und danach bei der Fusion von Arla Schweden und Dänemark haben wir Landwirte die Fusionsgewinne nicht gesehen, die Preise sind weiter runter gegangen.“ Hinrich Jürgensen weiß, dass die Arla-Bauern auch um ihre Eigenkapitaleinlagen fürchten und Angst haben, bei „diesen großen Giganten“ kaum ihre Mitbestimmungsrechte geltend machen zu können. Noch skeptischer sind nach seiner Einschätzung die Schweden: „Die schwedischen Landwirte sind diesen Weltmarkt nicht gewohnt“, sagt Jürgensen. Eine Befragung der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau unter Arla-Mitgliedern, die von der *Lebensmittelzeitung* veröffentlicht wurde, bestätigt dies: Ein Drittel der Befragten haben sich gegen die Fusion in der vereinbarten Form ausgesprochen – eine Zustimmung von 75 % der bäuerlichen Eigner wäre aber dafür nötig.

Die dänische Handelskette Coop hat laut *Lebensmittelzeitung* indes bereits Interesse an Teilen des „Rationalisierungsvorteils“ angemeldet. Fusionsbedingte Einsparungen müssten zu niedrigeren Milchpreisen für Handel und Verbraucher führen, so die coop. eda

# Smithfield und seine Wegbereiter

Gegen die Agrarindustrialisierung der Schweineerzeugung

Der **Smithfield-Konzern** dominiert in den USA mit seinen 800.000 Sauen den Schweinesektor, gefolgt von **Premium Standard Farms** mit 225.000 und von **Seaboard Farms** mit 213.000 Sauen. Hunderttausende unabhängiger bäuerlicher Schweinehalter hat man in den letzten 20 Jahren aus dem Markt gedrängt. Viele andere wurden im Rahmen der „vertikalen Integration“ zu abhängigen Lohnmästern für die Schlachthäuser von Smithfield oder Tyson Food. In Virginia soll Smithfield bereits 95 Prozent aller Schweine (und deren Preise) kontrollieren.

Die Konzentration schreitet rasant weiter voran, als Mindestgröße bei Firmen-Zukäufen gelten 10.000 Sauen. Smithfield hat im letzten Preistal die Konkurrenten Murphy Family Farms, Carroll's Foods, Farmland Pork und Alliance Farm geschluckt. **Smithfield** expandiert nach Mexiko und Brasilien und kommt nach Übernahme von Fleischfirmen in Frankreich, Großbritannien, Spanien und Polen auf etwa 1,3 Milliarden Umsatz in Europa. In Polen hält Smithfield bereits 33.000 Sauen, will jährlich um 10.000 wachsen und plant angeblich die Produktion von jährlich 1,5 Millionen Mastschweinen. In Rumänien will Smithfield demnächst 90.000 Sauen eininstallen... (siehe Meldung auf Seite 16)

Potentielle Übernahmekandidaten findet Smithfield auch hierzulande: Bekannt wurde wegen der Schweinepest-Keulung von 100.000 Schweinen die DDR-Altanlage im mecklenburgischen Losten, seit der Wende im Besitz der Dinklager Agrarunternehmer-Gruppe **Wulfa-Mast**. Waren die westdeutschen Agrarindustriellen zuvor an die Grenzen knapper Gülle-Flächen, regionalen Seuchendrucks und von Umweltbelastungen in Südoldenburg gestoßen, so eröffnete sich ihnen nach 1989 ein neues Feld im Osten, das der Agrarindustrie-Wahn der DDR-Oberen ihnen bereitet hatte: mit den vielen Agrarfabriken des „Kombinats industrielle Mast“ und vielen „industriemäßigen Anlagen“ in den „Tier-LPGen“.

## Schlachtfeld Ostdeutschland

Viele dieser „Altanlagen“ übernahmen frühere Leitungskader, einen zunehmenden Teil westdeutsche und niederländische Agrarindustrielle, massiv unterstützt von ostdeutschen Landesregierungen. **Dr. Rehmann**, bis zu einer

Förder-Affäre sachsen-anhaltinischer Agrarminister, bereitet ihnen direkt als Unternehmensberater den Weg: In der Altanlage Hassleben (bei Templin) will der niederländische Investor **van Genip** bis zu 85.000 Tiere mästen, weitere in Mahlwinkel (Altmark) – zusätzlich zu den 65.000 Tieren in Sandbeiendorf und weiteren Agrarfabriken, gerüchteweise auch in Weißrussland und der Ukraine.

Rehmann dient auch der Firma „Biopark Saubach GbR“: Die Gebrüder

der Holländer Christianus van Sleuwen übernehmen wollte, bevor er an Umwelt-Skandalen und Konkurs in den Niederlanden sowie am örtlichen Widerstand des BUND scheiterte.

## Schockemöhle auch in der Schweineindustrie

In Mecklenburg-Vorpommern melden sich Investoren für 18 ausgeschriebene Schweineanlagen-Standorte, darunter **Paul Schockemöhle**, schon maßgeblich beteiligt am größten deutschen



Trübe Aussichten

**Jos und Sjaak Nooren** planen in Allstedt (Merseburg) eine Anlage mit 7.500 Sauen-, 27.000 Ferkel-, 1.200 Zuchtläufer- und 61.000 Mastschweineplätzen. Ähnliche Vorhaben gibt es in der Nähe im „Ökologischen Agrar- und Biopark“ und in Zerbst-Straguth (3.000 Sauen, 15.000 Mastplätze). In Sietzsch kämpfen Bürgerinitiativen gegen eine 16.000er-Mastanlage (der SAZA Großkayna?) und deren Geruchs-, Umwelt- und Verkehrsbelastungen, Haltungsbedingungen und Auswirkungen auf den Tourismus und örtliche Agrarbetriebe.

Der **Pelapro-Konzern** des niederländischen Unternehmers **Mari van Genugten** umfasst bereits etliche Zehntausende von Zuchtsauen, Zuchtläufern und eine Jahresproduktion von 100.000 Mastschweinen – im brandenburgischen Zolchow, in Peckfitz (Altmark), im sächsischen Wellaune und Spröda/Wannewitz. Die Pelapro-Mastanlage in Neumark bei Weimar ging vorletztes Jahr in Konkurs. Pelapro-Chef van Genugten will nun im mecklenburgischen Medow (bei Anklam) eine Zucht- und Mastanlage mit 15.000 Tieren betreiben, die zuvor

Käfige-Konzern „Deutsche Frühstücksei“ und an großen Mastflügel-Fabriken. Wegen des massiven Widerstands wurde bisher erst die Anlage in Klein-Laasch genehmigt. Hans-Gerd Behrens, Geschäftsführer der **Ammerländer Viehzentrale** in der Anlage Pinnow (2300 Sauen- und 6.000 Aufzuchtplätze) will in Ex-Schockemöhle-Ställen in Fahrbinde 3.000 Sauen halten. BUND-Klagen laufen noch gegen die Projekte anderer Agrarindustrieller in Wendisch Priborn (14.000 Tiere) und Penkun (10.000) und die 3.000er-Sauenanlage in Groß-Genz.

## Viele haben Blut geleckt

Agrarfabrikant **van Asten** mit 60.000 Schweinen im thüringischen Nordhausen sucht weitere Objekte. Die Anlagen des Fleischfabrikanten **Löblein** für 7.000 Sauen und 15.000 Mastschweine im thüringischen Thiemendorf wurden nach Konkurs an die dänischen Unternehmer-Brüder **Kirkerterp** verkauft.

Die Familie **Böckermann** betreibt Anlagen an mindestens vier ostdeutschen Standorten, die Firma **Hopman GmbH** zwei Schweinemastanlagen für

21.000 Tiere in Wanzlitz/Kolbow, die **Köcher und Meuser KG** mehrere Mastanlagen bei Klein Wanzleben, die **Kronseeder-Gruppe** Mast- und Zuchtanlagen an drei Standorten in Mecklenburg.

In Groß Pankow (Prignitz) stehen mehrere Anlagen der **GbR Hölcher, Leuschner und Quittmann**. Einen GmbH-Verbund bilden die Anlagen in St. Michaelis, Langenau und Burkersdorf mit 2.000 Sauen- und 12.000 Mastplätzen. Im brandenburgischen Nuthetal-Urstromtal gruppieren sich um die Anlage der Brüder van Dijk vier weitere Anlagen. Die **Suimax Greiz-Gommla** bzw. ihre **Uthlebener Qualitätsschweine GmbH & Co. KG** hält bei Nordhausen 3.500 Sauen und erzeugt jährlich 70.000 Mastschweine. Die **BLF** im mecklenburgischen Bernitt/Viezen präsentierte jüngst ihre 1.200 Sauen- und 15.000 Mastplätze dem „beeindruckten“ Staatssekretär Thalheim.

Die **SAZA-GmbH** in Großkayna kommt auf 6.500 Sauen-, 24.000 Aufzucht- und 27.000 Mastplätze.

Die **Einer Schweinezucht GmbH** baut – unter Beteiligung der GS-agri-Genossenschaft – in Goldenstedt/Südoldenburg fünf 2.000er-Sauenanlagen auf – gegen den Protest von Bauern, deren eigene Erweiterungspläne dadurch verhindert werden.

## Widerstand hilft

In den USA findet Smithfield angesichts massiver Proteste, wegen Umweltskandalen und Anwohnerbelästigung kaum noch Standorte für Stallanlagen. Auch in Polen gibt es massive Stimmung gegen das Vordringen des Schweine-Multis. Es wird Zeit, auch hierzulande aktiver zu werden: durch Koordinierung der Widerstände vor Ort, durch Klagen, durch Einkaufsverhalten zugunsten eindeutig artgerechter und bäuerlicher Haltung und durch ein Bauordnungsrecht mit Privilegierung für Bauernhöfe mit echter Flächenbindung und eigener Futtergrundlage. Wie sagten Schröder und Künast doch ehemals so schön: „Weg von den Agrarfabriken“.

en

Die Standorte von 200 weiteren Schweine-Agrarfabriken kann man aus einer Karte des Schadstoff-Emissionskatasters der EU unter [www.eper.cec.eu.int](http://www.eper.cec.eu.int) ersehen.

## Bauern in Brasilien erschossen

Eine Gruppe von 15 Menschen hat im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais auf Bauernfamilien geschossen und deren Hütten angezündet. Fünf Menschen wurden ermordet und 20 verletzt. Der Staatssekretär für Menschenrechtsfragen der brasilianischen Regierung, Nilmário Miranda, erklärte, als Verantwortlicher für die Tat werde der Unternehmer Adriano Chafik verdächtigt. Er betrachtet sich als Eigentümer der Hacienda Nova Alegria, auf der sich seit 2002 ein Camp von rund 200 landlosen Familien befindet, die 2.500 Hektar bewirtschaften. Die Familien gehören der Landlosen Arbeiterbewegung in Brasilien (MST) an. Seit jeher wird gestritten, wem das Land gehört: Adriano Chafik beansprucht die Hacienda für sich, die Landlosenbewegung sagt, das Land gehöre dem Staat. Fest steht, dass die Fläche brach gelegen hat, bis sich die Landlosen darauf ansiedelten. Das Gebiet zählt zu den ärmsten Regionen im Bundesstaat Minas Gerais. *bet*

## Regionalentwicklungskongress im Chiemgau

Am 22. November veranstaltete der Verein Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach in Kooperation mit dem Planungsverband Südostbayern den Kongress „Bausteine und Visionen für die Entwicklung unserer Region“ im Kloster Seeon. Der „Rundgang durch den Markt der Möglichkeiten“ zeigte positive Beispiele aus der Region – von neuen Obsttrocknungsverfahren mit exquisitem Geschmackserlebnis und der EnergieAgentur bis hin zum Chiemgauer, dem florierenden Regionalgeld. Nach der Begrüßung durch Ute Gasteiger, Vorsitzende der Abl-Regionalgruppe Chiemgau und 1. Vorsitzende von Region aktiv, referierte Landtagspräsident Alois Glück seine Thesen zur „solidarischen Leistungsgesellschaft“. In fünf Fachforen erarbeiteten die Teilnehmer dann Wege zur Optimierung von Kooperations- und Finanzierungsformen – Stichworte „mit weniger Mitteln mehr erreichen“ und „die Betroffenen zu Beteiligten machen“. Das Forum „Kulturelle Wert-Schöpfung“ stellte sich die Aufgabe „Regionale Identität – ein Schlagwort mit Leben füllen“. Zusammen mit den Kurzreferaten von Theo Augustin (BMVEL), Albrecht Löhner (Landrat aus Neumarkt/Oberpfalz) und Franz Josef Pschierer (Bayer. Landtag) waren spannende Themen für die abschließende Podiumsdiskussion geboten. *ei*

## Pflanzenzüchtung ohne Gentechnik

75 Teilnehmer aus ganz Deutschland informierten sich am 11. und 12. November in der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen in Quedlinburg/Sachsen-Anhalt über Alternativen zur Gentechnik in der Pflanzenzüchtung. Das Fortbildungsseminar wurde von „agravivendi Projektbüro für internationale Agrarkultur“ in Überlingen/Bodensee im Auftrag der Software AG-Stiftung, Darmstadt, durchgeführt und ist Bestandteil des von der Europäischen Kommission geförderten Aktions-Programms „Die EU-Agrarreform bewegt Europa“. „Die Anstrengungen für die Ausweitung einer ökologischen Pflanzenzüchtung sind wichtig für uns“, sagte Georg Janßen, Abl-Bundesgeschäftsführer. „Öko-Sorten, die unter natürlichen Bedingungen gezüchtet wurden und später ohne Chemie-Einsatz auskommen, sind auch für konventionelle Landwirte interessant. Fortschritt in der Öko-Züchtung bringt allen mehr Freiheit und Unabhängigkeit von der Saatgut-Industrie.“ *pm*

## Raiffeisen ruft auf zum Greenpeace-Boycott

Greenpeace will seinen Einkaufsratgeber „Essen ohne Gentechnik“ aktualisieren – diesmal mit einem Schwerpunkt bei Molkereiprodukten. Hierfür haben die Verbraucherschützer im November Molkereunternehmen angeschrieben. Und dafür einen bösen Brief und einen Boykottaufruf vom Deutschen Raiffeisenverband (DRV) geerntet. Rolf Meyer von Raiffeisen schreibt an Alexander Histing von Greenpeace: „Wir haben unseren Unternehmen (...) empfohlen, Ihnen keine entsprechende Auskünfte zu erteilen. Dass hierdurch eine Einstufung (...) in die „Rote Kategorie“ Ihrer Broschüre erfolgt, ist uns bewusst.“ Greenpeace erwecke mit der Broschüre den Eindruck, dass ein genereller Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel in der Erzeugung tierischer Lebensmittel möglich sei und missachte, dass gentechnisch veränderte Futtermittel seit Jahren in Gebrauch und die daraus hergestellten Lebensmittel sicher seien. Der DRV denkt wohl: Wenn alle Molkereien rote Punkte haben, entfällt beim Verbraucher die Qual der Wahl. Das dürfte auch im Sinne der großen Futtermittelkonzerne, ebenso Mitglieder im DRV, sein. *eda*

Kurzes am Rande

# Nichts zu feiern im Internationalen Reis-Jahr

Die Initiatoren nutzten 2004, um die sogenannte „Gen-Revolution“ durchzusetzen. Asiatische Bauernbewegungen formieren den Widerstand

Im ausklingenden Jahr hat Reis international besondere Aufmerksamkeit erfahren: Die Vereinten Nationen (UN) haben das Jahr 2004 zum „Internationalen Jahr des Reis“ erklärt. Wer glaubt, dies sei eine gute Nachricht, irrt sich gewaltig! Bereits 1966 hat es zum ersten Mal ein „Internationales Jahr des Reis“ gegeben: Dies stellte den Startschuss für die sog. „Grüne Revolution“ dar, die über den Anbau von Hohertragssorten vorgab, das Hungerproblem lösen zu wollen. Knapp vier Dekaden später sind die destruktiven Auswirkungen der Grünen

logie erreicht werden. Voraussichtlich wird die erste gentechnisch veränderte Reissorte im Jahr 2005 in China kommerzialisiert werden. Diese Denkweise zeugt von einer völligen Ignoranz hinsichtlich der wirklich Ursachen von Hunger und Unterernährung, welche in mangelnder Verteilungsgerechtigkeit und dem fehlenden Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut liegen.

### Der Gentechnik folgt Patentierung

Durch die Einführung von gentechnisch manipuliertem Saatgut im Reisanbau



Reisbauern auf den Philippinen

Foto: IFAD / L. Demattheis

Revolution im asiatischen Reisanbau mehr als deutlich: Lokal angepasste Reissorten wurden ersetzt durch neue, einheitliche Sorten, die ein hohes Maß an externen Inputs wie Pestizide, synthetische Düngemittel, Bewässerungssysteme und Kredite benötigten. Dies führte zur Abhängigkeit der FarmerInnen, und über den Verschuldungskreislauf verloren viele von ihnen ihr Land und wurden zu FarmarbeiterInnen. Von dem Versprechen, mit der Grünen Revolution das Welthungerproblem zu lösen, sind wir heute weiter entfernt als jemals zuvor.

Das „Internationale Jahr des Reis 2004“, maßgeblich durchgeführt durch die Organisation für Landwirtschaft und Ernährung der UN (FAO) und das Internationale Reisforschungsinstitut IRRI, dient in erster Linie der Durchsetzung der sogenannte „Gen-Revolution“ im Reisanbau. FAO und IRRI gehen davon aus, dass die „Ertragslücke“ im Reisanbau (d.h. der Unterschied zwischen im Labor erzielten Erträgen und tatsächlichen Erträgen) geschlossen werden muss, und dies soll unter anderem mit Hilfe der Gentechno-

kommt eine weitere Bedrohung auf die asiatischen KleinbäuerInnen zu: Geistige Eigentumsrechte. Die Möglichkeit der Patentierung neuer Sorten (bzw. ihrer Bestandteile) eröffnet der agrochemischen Industrie neue Marktchancen. Mittlerweile erfolgt ein direkter Zugriff auf die in der Genbank des IRRI gelagerten Varietäten über so genannte „Public-Private Partnerships“ der Industrie mit dem IRRI. Agrochemische Konzerne sichern dem IRRI Technologietransfer zu, um sich im Gegenzug die Ergebnisse gemeinsam durchgeführter Forschung patentieren zu lassen. Und das IRRI ist nur zu gerne bereit, auf diese Konditionen einzugehen, um seine durch den Rückgang internationaler Zuwendungen entstandene Budgetlücke zu schließen. Dabei „verkauft“ das IRRI das in seiner Genbank gelagerte Saatgut, welches ihm gar nicht gehört: Unter dem „International Treaty for Plant Genetic Resources in Food and Agriculture“ (ITPGRFA) ist das IRRI nicht der Eigentümer, sondern lediglich der Hüter des Saatguts im Namen der Menschheit.

### Gegenstrategie: Low-Input Reisanbau

Gegen diese Form der Ausbeutung formiert sich Widerstand in Asien. Lokale und regionale Initiativen beweisen seit Jahren, dass „Low-Input“-Reisanbau, basierend auf den kulturellen Wurzeln und Erfahrungen der Gemeinden, nicht nur die lokale Selbstversorgung sicherstellt, sondern auch die notwendigen Überschüsse zur Versorgung der städtischen Bevölkerung produzieren kann. In den letzten Jahren hat die Einführung des „Systems der Reis-Intensivierung“ (SRI) in Asien zu sehr ermutigenden Ergebnissen geführt. SRI beruht auf verbesserten Praktiken des Pflanzen-, Wasser-, Boden- und Nährstoffmanagements anstelle von externen Inputs. In Kambodscha haben FarmerInnen mit dieser Methode eine Ertragssteigerung von 130 Prozent erreicht. Aber durch diese Methode werden nicht nur höhere Erträge erzielt, sondern sie dient auch der Diversifizierung von Anbausystemen, angepasst an die lokalen Bedingungen.

Es ist offensichtlich, dass die asiatischen FarmerInnen keine Gentechnologie brauchen, um ihre Nahrungsversorgung sicherzustellen. In einem offenen Brief an den schweizer Agrarmulti „Syngenta“ haben Vertreter asiatischer Bauernbewegungen dies im Frühjahr 2004 sehr deutlich gemacht: „Syngentas Behauptung [dass Gentechnologie zur Beseitigung des

Hungers benötigt wird] ist eher eine Werbestrategie, als dass sie an den Bedürfnissen der Menschen des Südens ausgerichtet ist. Während Syngenta und seine Vorgänger von der Grünen Revolution profitiert haben, haben sie gleichzeitig nachhaltige Landwirtschaftssysteme zerstört. Dies sind die Gründe für den Hunger in Asien.“

Wenn im Rahmen des „Internationalen Jahr des Reis“ High-Tech-Lösungen wie der Einsatz von Gentechnologie im Reisanbau propagiert werden, so wird klar, dass die agrochemischen Konzerne dabei sind, ihre Agenda umzusetzen. Oder, wie Devinder Sharma schlussfolgert: „Das Internationale Jahr des Reis ist in Wirklichkeit die Feier der privatwirtschaftlichen Kontrolle über das kostbarste Erbe der Menschheit – die Reispflanze.“

Karsten Wolff

*Pesticide Action Network Asia and the Pacific (PAN AP), Malaysia; Koordinator der asienweiten Kampagne „Save our Rice“. Infos: [www.panap.net/riccampaign](http://www.panap.net/riccampaign); Kontakt: [karstenwolff@web.de](mailto:karstenwolff@web.de).*

*Aufsätze zu Saatgut, Traditionen und Gentechnologie im asiatischen Reisanbau bietet das BUKO Agrar Dossier „Reis“; zu beziehen über den ABL-Verlag (Besprechung siehe BS 12/2003).*

## Widerstand in Neuenfelde bleibt aktiv

Einwohner und Obstbauern kämpfen weiter gegen die Startbahnverlängerung für den Airbus

Der Widerstand von Einwohnern und Obstbauern in Hamburg-Neuenfelde gegen die Verlängerung der Airbus-Startbahn in das Dorf und durch den Deich geht weiter. Zwar haben zehn von zwölf der Grundeigentümer auf der eigentlichen Startbahn, die gegen ihre Enteignung erfolgreich geklagt hatten, nun doch verkauft. Das lag bei den meisten weniger an den millionenschweren Kaufangeboten des Hamburger Senats, sondern viel mehr an einer unglaublichen Kampagne fast aller Hamburger Medien, allen voran der Springer-Presse.

Fast täglich wurden Bauern oder Kläger als angebliche Verhinderer von Arbeitsplätzen abgebildet oder geschmäht. Kaum thematisiert wurde, dass es bei der Verlängerung lediglich um zwei jährliche Starts der Transport-Version des Riesenflugzeugs A 380 geht, die zudem bei normaler Betankung durchaus möglich wären. Nur eine kleine Schar von Prominenten und Pastoren stellte sich gegen die Diffamierung des Kirchenvorstands von Neuenfelde, der entgegen dem Druck von

Bischöfin und Propst mit dem Kampf der Obstbauern und Bürger solidarisch blieb.

### Planfeststellung ist anfechtbar

Jetzt meinen Airbus und Stadt mit den bisher gekauften Grundstücken und einer Sondergenehmigung der Bundesbehörden die Startbahnverlängerung durchsetzen zu können. Demgegenüber bleiben die 240 Teilnehmer der Klagegemeinschaft optimistisch, auf dem Klageweg das anfechtbare Planfeststellungsverfahren zu Fall zu bringen. Den neuerlichen Versprechungen von Airbus und Senat glaubt man nicht mehr.

Welchen Wert man auf der Gegenseite dem Obstbau beimisst, zeigt sich an zwei Fakten: Die neuen Eigentümer der Flächen haben es nicht für nötig befunden, die Äpfel abzuernten. Die *Bild-Zeitung* zeigte eine ihrer Redakteurinnen mit einer Handvoll des teuer verkauften Bodens – mit der Bemerkung, dies sei ganz normaler „Dreck“...

rena

## Ein Bauer jammert immer

Das Jammern gehört zum Bauern wie die Butter zum Brot.“ Dies sagte unlängst ein Bekannter aus der großen Stadt zu mir, als wir uns zufällig trafen und ich ein wenig über Arbeitsbelastung, fallenden Milchpreis und steigende Allgmeinkosten plauderte. Er ist einer meiner wenigen nicht-landwirtschaftlichen Kontakte, was sich unter anderem darin äußerte, dass er nicht verständnisvoll und kollegial in mein Geheul mit einstimmt, sondern ungeduldig mir ins Wort fiel und über seine berufliche Karriere berichtete (er ist jetzt inhabender Geschäftsführer einer offenbar größeren Ich-AG). Mit klaren Worten und ausladenden Handbewegungen erklärte er mir, dass Arbeit eben getan werden muss, wenn sie anfällt, dass Erfolg seinen Preis hat und dass man sich halt zur Decke strecken muss, will man nach oben. So ungefähr jedenfalls drückte er sich aus.



... aus Niedersachsen

Daran musste ich wieder denken, als ich letzten Sonntag (einer der kostbaren freien Sonntage) noch brötchenschwer am Frühstückstisch sitzen blieb und im Beisein meiner lieben Frau die Ruhe nach dem Kindersturm genoss.

Mein guter Be-

kannter war jetzt stolzer Mitnutzer einer innovativen Bürogemeinschaft mit Blick auf eine Seitenstraße unweit der Elbe. Jeden Morgen verließ er die Wohnung und seine Familie, bevor die Kinder wach waren, und kam zurück, wenn sie schon schliefen. Zu seinem Büro musste er eine Fahrtzeit von knapp 50 Minuten in Kauf nehmen. Die Vorzüge der Selbstständigkeit (freie Zeiteinteilung, eigener Herr auf eigener Scholle usw.) führten notwendigerweise auch dazu, das eine oder andere Wochenende dem Beruf zu opfern. Das wäre ja bei mir nicht anders, wie er sagte. Im Moment gäbe es noch gelegentliche finanzielle Anfangsschwierigkeiten, das wäre ganz normal. Bio-Lebensmittel? Das wäre eine echt gute Sache, aber leider nur was für Reiche, das könne er sich bei seiner Situation nicht leisten, das würde ich wohl verstehen.

Nachdenklich glitt mein Blick über die Reste unsere Frühstückstafel: selbstgebackene Brötchen aus eigenem Getreide, Milch und Käse von unseren (hoffentlich) glücklichen Kühen, Wurst und Schinken, und dann noch die Berge abgelaufener Köstlichkeiten wie Samba, Brotaufstriche, Fruchtjoghurts und Weintrauben, Mangos und Kiwis. Alles echt Bio – nur nicht mehr schön genug für die KundInnen unseres Ladens. Für uns ein Schwelgen im Luxus und für die Schweine viel zu Schade.

Draußen spielen die Kinder: ein sich nicht erschöpfender Abenteuerspielplatz. Gerade ist Fahrradfahren in: immer durch die tiefsten Matschpfützen, bis zum Umfallen. Dann sind die Klamotten viel dreckiger als unsere Schweine es je waren.

Im Grunde tut mit mein innovativer Bekannter leid.

Denn ich erlebe sie: meine Kinder, meine Frau. Das Wetter, die Jahreszeiten, die Gerüche von Heu, frischgepflügter Erde. Kälbergeburten. Staunende Kinderaugen.

Was für ein Reichtum.

Da schmeckt mir doch unser Brot auch ganz ohne Butter.

Ein Bauer (39 Jahre) erzählt...



## Die Agrarwende ist kein Selbstläufer

Der Kritische Agrarbericht 2005 mit Bilanz und Ausblick

Die nationale Umsetzung der EU-Agrarreform ist das zentrale agrarpolitische Ereignis des Jahres 2004. Deren Ergebnis kam in erster Linie durch harte Lobbyarbeit, in Anhörungen, Arbeitsgruppensitzungen und mittels Austauschs von Positionspapieren zustande. Dabei saßen erstmals bei einer Agrarreform diesen Ausmaßes Mitglieder des AgrarBündnis wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Bioverbände oder Natur- und Umweltschutzverbände gleichberechtigt am „Verhandlungstisch“ – sehr zum Leidwesen beispielsweise des Bauernverbandes. Das Jahr 2004 war auch das Jahr einer neuen oder wiedererstarkten Gentechnik-Bewegung. Deren Erfolge kamen öffentlich zustande, getragen von einer breiten Basis bei vielfältigen und bunten Aktionen auf der Straße, auf Feldern und Äckern, in der Region. Und es war ein europäisches Jahr mit der Osterweiterung und der ersten europäischen Verfassung, von der Öffentlichkeit eher am Rande und ohne großes Engagement wahrgenommen.

### Schwerpunkt Gentechnik

All diese und weitere Entwicklungen und Ereignisse (siehe das nebenstehende Inhaltsverzeichnis) würdigt der Kritische Agrarbericht 2005 (KAB), wobei der Öko-Landbau und seine sozialen und regionalen Ziele auf

Anspruch, Realität und Perspektiven ebenso abgeklopft werden wie Vorschläge und Modelle für Existenzgründungen in der Landwirtschaft vorgestellt werden. Ein umfassender Schwerpunkt ist dabei dem Thema Gentechnik gewidmet. Seinen Ausdruck findet das nicht nur in zahlreichen Beiträgen, sondern auch in der Tatsache, dass dem KAB die von zahlreichen Organisationen getragene „Berliner Erklärung zur Gentechnik in der Landwirtschaft“ vom Juli 2004 vorangestellt wird, in der es u.a. heißt: „Gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung werden gegenwärtig in der Europäischen Union die Weichen für die Einführung gentechnisch veränderter Pflanzen in der Landwirtschaft gestellt. Hierfür sehen wir weder überzeugende Gründe noch eine politische Legitimation. Angesichts der Unumkehrbarkeit der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) und ihrer Auswirkungen erscheinen uns die mit der Einführung der Agro-Gentechnik verbundenen Risiken für Natur und Umwelt, Gesundheit und Wirtschaft unverträglich hoch. Gemeinwohl und Vorsorge für die Zukunft müssen in all diesen Bereichen Vorrang vor den Interessen einzelner Unternehmen haben. Dies umso mehr, als der Nutzen der gentechnischen Produkte für die Landwirtschaft und die Allgemeinheit mehr als zweifelhaft und der Schutz der Bio-

diversität nicht gewährleistet ist. Zudem ist bereits heute absehbar, dass die Einführung der Agro-Gentechnik dem Strukturwandel zur Industrialisierung der Landwirtschaft Vorschub leisten wird.“

### Die EU-Agrarreform und ihre nationale Umsetzung

Anfang Juli 2004 haben Bundestag und Bundesrat die nationale Umsetzung der europäischen Agrarreform beschlossen, von Ministerin Künast zum „Herzstück der Agrarwende“ erklärt. Nicht nur aus den Reihen des AgrarBündnis, sondern auch vom überwiegenden Teil der veröffentlichten Meinung wird diese Neuausrichtung der Agrarpolitik als richtiger und wichtiger Schritt hin zu einer sozialen, umwelt- und tiergerechten, verbraucherfreundlichen Landwirtschaft gewertet. Kaum eine agrarpolitische Entscheidung von derartiger Tragweite hat zuvor so große gesellschaftliche Akzeptanz erfahren – zumal wenn signalisiert wird, dass die Landwirtschaft mittel- und langfristig mit weniger Direktzahlungen (Subventionen) auskommen und

sich stärker am Markt ausrichten muss.

Die bereits von der EU vorgegebenen zentralen Punkte sind:

- die Abkehr von der Förderung der Produktion (die so genannte „Entkopplung“ der Direktzahlungen),
- eine bessere Förderung der Entwicklung in ländlichen Regionen mit Mitteln aus der Kürzung der Direktzahlungen („Modulation“) sowie
- die Bindung der Direktzahlungen an Standards in den Bereichen Umweltschutz, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit („Cross Compliance“).

Das Lob im Grundsatz hindert jedoch nicht an Kritik im Detail. So bemängelt die AbL beispielsweise das Fehlen der Anbindung der Direktzahlungen an den Faktor Arbeit (soziale Komponente), BUND und NABU kritisieren unter anderem den späten Zeitpunkt des vollständigen Wirksamwerdens (Übergangsfristen bis 2013) sowie die zu laschen Umweltauflagen.

Die Agrarwende und die damit verbundene Hoffnung auf eine Zukunft für eine nachhaltige, eine bäuerliche Landwirtschaft sind also kein Selbstläufer. Das zeigt sich im KAB 2005 nicht nur in Ausführungen zum anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft, sondern beispielsweise auch in den Bereichen Regionalentwicklung, Natur und Umwelt sowie Tierschutz und Tierhaltung. So werden einerseits „deutliche Weichenstellungen zur Förderung ländlicher Entwicklung“ und ein „positiver Schub für ländliche Räume“ (u.a. mit dem Entwurf für einen „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes – ELER“) gesehen. Andererseits ist dieser Fortschritt durch Vorschläge zur mittelfristigen Finanzplanung des EU-Haushaltes gefährdet, da es zu deutlichen Kürzungen gerade bei den Mitteln für die ländliche Entwicklung kommen kann, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird. Im Kapitel „Natur und Umwelt“ lautet das Fazit „Gute Ansätze – zaghafte Umsetzung“. Ein anhaltender Kritikpunkt ist hier der nach wie vor sehr hohe Pestizideinsatz. Und beim Tierschutz sehen die AutorInnen die im Jahre 2003 vorhandenen positiven Ansätze im Jahre 2004 „auffallend gebremst“. Von „Stagnation“ ist ebenso die Rede wie von der „Tendenz, die Erfolge der letzten Jahre zu verwässern“.



## Zucker stößt sauer auf

Im Juli 2004 legte die EU-Kommission Vorschläge für eine Reform der Zuckermarktordnung (ZMO) vor und setzt dabei auf Preissenkungen und Quotenkürzungen. Das rief die unterschiedlichen beteiligten Interessenlobbys in zum Teil bisher nicht gekannter Form auf den Plan. So protestierte beispielsweise ein Bündnis aus Rübenbauern, Zuckerherstellern und der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) in ganzseitigen Anzeigen überregionalen Tageszeitungen gegen die geplanten Preissenkungen. Rübenbauern veranstalteten Mahnfeyer vor den Toren von Zuckerverwendern (insbesondere der Getränke- und Süßwarenindustrie), die die Reform begrüßen und darüber hinaus die völlige Liberalisierung des Zuckermarktes fordern, da ihr Zuckereinkauf verbilligt würde (83 Prozent des Zuckers geht an industrielle Abnehmer). In einem KAB-Beitrag „aus entwicklungs-politischer Sicht“ schlagen Entwicklungs- und Umweltorganisationen einen „präferentiellen Marktzugang“ für die ärmsten Länder vor, gekoppelt mit sozialen und ökologischen Standards. Für sie haben entwicklungspolitische Argumente nur Sinn, wenn sichergestellt werden kann, dass der Handel auch wirklich den Armen zugute kommt. Und das sind ihrer Ansicht nach „nur die Plantagen- und Fabrikarbeiter, denn arme Zuckerrohr-exportierende Kleinbauern gibt es so gut wie nicht auf der Welt“. Also müssen vor

allen Dingen die zum Teil krass menschenrechtswidrigen Bedingungen der Arbeiter auf den Plantagen der Zuckerkonzerne in den Blick genommen werden. Um einen bäuerlichen nachhaltigen Zuckerrübenanbau in der EU zu ermöglichen, schlägt die AbL in einem anderen Beitrag „ein System des qualifiziertes Außenschutzes“ vor mit einer drastisch reduzierten Zuckerquote, einer Neuregelung der bisherigen Importpräferenzen für einige Entwicklungsländer sowie der Einhaltung sozialer und ökologischer Produktionsstandards.

## Zukunft gestalten

Über die zukünftige Zuckermarktordnung ist derzeit ebenso wenig entschieden wie zum Beispiel über die Zukunft der ländlichen Entwicklung oder der Gentechnik. Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten. Der Kritische Agrarbericht 2005 liefert dazu zahlreiche Fakten, Hintergründe, Argumentationshilfen und stellt wie jedes Jahr auch eine Aufforderung zum Dialog, zur Diskussion, zum aktiven Mitgestalten dar. *Friedhelm Stodieck*

*AgrarBündnis (Hrsg.): Landwirtschaft 2005 Der kritische Agrarbericht. 2005, 304 Seiten; 19,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.*

**ACHTUNG: Der KAB 2005 erscheint Mitte Januar, Bestellungen sind jetzt schon möglich.**

## Inhalt KAB 2005 in Auszügen

- **Berliner Erklärung zur Gentechnik in der Landwirtschaft**  
*AgrarBündnis e.V. und Zukunftsstiftung Landwirtschaft*

### KAPITEL 1: AGRARPOLITIK UND SOZIALE LAGE

- **Rückblick 2004: Agrarreform und Osterweiterung bestimmen die Zukunft**  
*Friedhelm Stodieck*
- **Klare Ziele – flexible Mittel**  
Für eine bäuerliche Landwirtschaft: Standortbestimmung der AbL  
*Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf*
- **Eine Reform, die Arbeit lässt**  
*Ulrich Jasper*
- **Den Mehrwert verwurzeln**  
Neue Wege ländlicher Wirtschaftsförderung  
*Hannes Lorenzen*
- **Das neue Gentechnikgesetz**  
*Henning Strodthoff*
- **Not macht solidarisch**  
Ein Jahr gentechnikfreie Regionen in Deutschland  
*Heike Moldenhauer*
- **Von der Bewegung zur Branche** Ziele des Öko-Landbaus  
*Frieder Thomas und Dietmar Groß*
- **Aussteigen – Einsteigen**  
Über Hofneugründungen  
*Andrea Fink-Keßler*
- **Bioenergie boomt**  
*Hans-Bernd Hartmann*
- **Abgaben und Anreize**  
Ökologische Finanzreform in der Landwirtschaft  
*Bärbel Nienhaus*

### KAPITEL 2: WELTHANDEL UND ERNÄHRUNG

- **Rückblick 2004**  
*Gerhard Hirn*
- **Gesetze mit Fernwirkung**  
Internationale Bedeutung der Gentechnik-Gesetzesdebatte  
*Frank Augsten*
- **Dumping kein Ende in Sicht**  
Die EU-Zuckermarktreform aus entwicklungspolitischer Sicht  
*Rudolf Buntzel-Cano*
- **Kein Fortschritt durch Freihandel**  
Die EU-Zuckermarktreform aus Sicht der AbL  
*Ulrich Jasper*

### KAPITEL 3: ÖKOLOGISCHER LANDBAU

- **Rückblick 2004**  
*Immo Lünzer und Minou Youssefi*
- **Gentechnik und Biolandbau – ein Widerspruch**  
*Thomas Dosch*
- **Ungleiches Wachstum**  
*Ulrich Hamm und Markus Rippin*
- **Gesunde Leistung** Der neue Tierzuchtfonds und Zuchtalternativen  
*Cornelia Roedel, Brigitte Rusche, Franz-Theo Gottwald*
- **Hilfe für den Süden oder Luxus für den Norden?**  
*Birgit Wilhelm*

### KAPITEL 4: PRODUKTION UND MARKT

- **Rückblick 2004**  
*Onno Poppinga*
- **Ein Milchpreis, der die Kosten deckt**  
*Romuald Schaber*
- **„Kleinvolieren“ für Legehennen**  
*Bernhard Hörning*
- **Futtermittel ohne Gentechnik**  
*Martin Hofstetter und Mute Schimpf*
- **Todesursache ungeklärt**  
Gen-Mais und Kuhsterben auf einem Hof in Hessen  
*Martin Hofstetter*
- **Imkereie – ein vergessener Teil der Landwirtschaft?**  
Neue Gefährdungen durch Agro-Gentechnik  
*Walter Haefeker*
- **Ein Bauernhof unter Kontrolle**  
Erfahrungen eines Landwirts mit Kontrolleuren  
*Christian Henschke*

### KAPITEL 5: REGIONALENTWICKLUNG

- **Rückblick 2004**  
*Ulf Hahne*
- **Gentechnikfreie Regionen**  
*Doris Pick*
- **Energiebilanz von regionalen Lebensmitteln**  
*Martin Demmeler und Bernhard Burdick*

### KAPITEL 6: NATUR UND UMWELT

- **Rückblick 2004**  
*Heike Moldenhauer und Reinhild Benning*
- **Unnötig und riskant**  
Naturschutz und Agro-Gentechnik  
*Martha Mertens*
- **Vorsorgeprinzip und Monitoring beim Gentechnikgesetz**  
*Wiebke Züghart und Beatrix Tappeser*
- **Land- und Forstwirtschaft im Klimawandel**  
*Hans Eder und Andrea Elisabeth Eiter*
- **Schutz dem Schutzwald**  
*Hubert Weiger*

### KAPITEL 7: TIERSCHUTZ UND TIERHALTUNG

- **Rückblick 2004**  
*Heidrun Betz, Elke Deininger, Inke Drossé, Barbara Maurer und Claudia Salzborn*
- **Das Neue im Alten**  
Vielfalt und Koexistenz verschiedener Haustierrassen  
*Wolfgang Apel*
- **Tierschutz im Käfig?**  
Die Zukunft der Legehennen und der Streit um die Käfighaltung  
*Inke Drossé*
- **Tiertransporte – total verfahren**  
*Claudia Salzborn*
- **Wo bleibt der Tierschutz-TÜV?**  
*Manuel Schneider*

### KAPITEL 8: GENTECHNIK

- **Rückblick 2004**  
*Mute Schimpf*
- **Gesetze sind gut, Kontrolle ist besser**  
*Holger Christ, Martin Eimer, Ruth Brauner*
- **Grenzenlose Freiheit** Das Kärntner Gentechnik-Vorsorgegesetz und die gentechnikfreie Region „Bio Alpe Adria“  
*Stefan Merkak*

### KAPITEL 9: AGRARKULTUR

- **Abgeben – Loslassen**  
Hofübergabe als Prozess und seine Begleitung  
*Andrea Fink-Keßler*
- **Die Erfindung der Biodiversität**  
*Veronika Bennholdt-Thomsen*

### KAPITEL 10: VERBRAUCHER UND ERNÄHRUNGSKULTUR

- **Rückblick 2004**  
*Ernst-Michael Epstein*
- **Gesünder, besser, billiger?**  
Gentechnik bei Lebensmitteln aus Sicht der Verbraucher  
*Susanne Sachs*
- **Ernährungsstile**  
*Doris Hayn*

## Bestellcoupon für aktive Mitgestalter

Ich bestelle:

.... Expl. <b>des neu erschienenen kritischen Agrarbericht 2005:</b>	19,80 €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2004:</b>	19,80 €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2003:</b>	21,00 €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2002 als CD:</b>	19,80 €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2001:</b>	20,00 €	_____ €
.... Expl. <b>Der kritische Agrarbericht 2000:</b>	19,00 €	_____ €
<b>Sonder-Paketpreise:</b> 2 Ausgaben 30,00 €, 4 Ausgaben 55,00 €		
<b>Ältere Ausgaben</b> 1996-1998 je 5,00 €		_____ €
1993-1995 je 2,50 €		_____ €
.... Expl. <b>Verliebt Trecker fahren (3. Auflage):</b>	9,90 €	_____ €

außerdem:

\_\_\_\_\_

Porto: 2,75 €

Zahlung  nach Erhalt der Rechnung  mit beiliegendem Scheck

Summe: \_\_\_\_\_ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos. \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Fax: 02381/492221

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschüsse bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: bauernstim@aol.com.

#### Hof und Arbeit

Der Verein LOGO sucht Praktikumsbetriebe im ökologischen Landbau für Agrarstudenten aus den Staaten der GUS von Mai bis Oktober 2005.

Auskünfte bei Dr. Hartwig Mennen, ☎ 05484-962222, Fax: -962221, mennen@logoev.de, www.logoev.de

#### Tiermarkt

Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.

Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 207551/63609



### Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben vom 4. bis 6. März 2005 in der Evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen

Unsere Zeit ist begrenzt, sie verrinnt kontinuierlich und kann weder gespart noch gekauft werden. Während die Ideologien des Immer-Schneller und Immer-Mehr unser Leben zu bestimmen versuchen, hängt es wesentlich von uns ab, wie wir mit dieser Zeitgestaltung umgehen. Wo bleibt die Zeit, sich zu orientieren, Vorhaben und Planungen in allen Facetten zu überdenken und den Lebensphasen die Inhalte zu geben, die wir umsetzen möchten?

Gerade die Vielzahl an Tätigkeiten der Bäuerinnen zwischen partnerschaftlicher Beziehung, Familie, Stall, Acker, Vermarktung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Kundinnen und Kunden sowie den persönlichen Bedürfnissen bedürfen der Orientierungs- und Ruhephasen.

In dieser Veranstaltung werden Fragen der Zeitplanung, der Zielvorstellungen und der eigenen Rahmenbedingungen thematisiert. Wir wollen Ansatzpunkte finden, um an unserem Lebenserfolg zu arbeiten.

#### Informationen und Anmeldungen:

BAG ejl, Dieperzbergweg 13 -17, 57610 Altenkirchen  
Tel.: 02681-951617, Fax: -70206, leibroch@lja.de.  
65,- Euro, Einzelzimmerzuschlag 8,- Euro/Nacht.



### Existenzgründung in der Landwirtschaft

#### Podiumsdiskussion auf der IGW 2005 in Berlin

Freitag, 21.01.2005, 15.00 bis 16.30 Uhr, Salon 19 ICC

In bisher kaum wahrgenommenen Umfang gibt es junge Leute, die sich in der Landwirtschaft selbständig machen wollen. Obwohl sie keinen Hof erben. Zugleich gibt es Bauernfamilien ohne Hofnachfolge, die ihren Hof erhalten wollen, statt das Land an die Meistbietenden zu verpachten oder zu verkaufen. Doch beide Seiten kommen nur schwer zueinander. Die Hindernisse sind erheblich. Nicht nur die wirtschaftlichen.

Die Podiumsdiskussion versammelt die unterschiedlichen Fachleute, die über die bisherigen Erfahrungen mit Existenzgründungen berichten können, die an der Diskussion oder der praktischen Förderung von Existenzgründungen beteiligt sind.

#### Kontakt

Christian Vieth, Universität Kassel, vieth@hoffinder.de  
Tel. 05542 / 98 1603 Fax. 05542 / 98 1661

### AbL Bayern Landesversammlung der Mitglieder

09. Januar 2005, Penzberg/Oberbayern

10.00 Uhr: Beginn der Landesversammlung mit Rechenschaftsbericht des Vorstands, Finanzbericht, Aussprache, Anträge, 13.30 Uhr: Fachschwerpunkt: „Erneuerbare Energien als Chance für die bäuerliche Landwirtschaft?“ – Kurzreferate aus der Praxis und Diskussion zu den Themen: Biogas, Photovoltaik, Strom und Wärme aus Holz, Kooperationsformen.

Anmeldungen erwünscht bis 6. Januar an: Andrea Eiter, Kohlergasse 10, 86152 Augsburg, ☎ 0821/45 40 951, aheiter@freenet.de

Gasthaus Bayerischer Hof, Friedrich-Ebert-Str. 5, #T. 08856/5065, Penzberg, Richtung Ortszentrum fahren, vom Bahnhof 5 Min. zu Fuß.

### Biogas-Einsteiger-Tag

10. Januar 2005, Waldenburg-Hohebuch

Evang. Bauernwerk in Württemberg e.V., Andrea Scherer, 74638 Waldenburg-Hohebuch, ☎ 07942-107-74, Fax: -107-77, A.Scherer@hohebuch.de, www.hohebuch.de

### Filmtipp:

#### Träume aus Tannenholz

11. und 12. Januar 2005, BR

Der Film stellt die traditionelle und moderne Verwendung der Weißtanne dar.

ca. 17.00 Uhr in „Wir in Bayern“ des Bayrischen Rundfunks

### Fördermöglichkeiten für Regionen in NRW

12. Januar 2005, Hennef; 14. Januar 2005, Büren-Wewelsburg

Mit der neuen Landesrichtlinie sind nun auch integrierte ländliche Entwicklungskonzepte sowie kleinere Infrastrukturmaßnahmen förderfähig. Infos und Austausch.

Zentrum für ländliche Entwicklung (ZeLE) im MUNLV NRW, ☎ 0211-4566-919, Fax: -456, www.zele.nrw.de

### Saatgut-Tagung

15. Januar 2005, Kassel

Der Ökologische Landbau mit seinem ganzheitlichen Ansatz stellt die Pflanzenzüchter vor neue Herausforderungen, denn die Zuchtziele der konventionellen Landwirtschaft dienen nicht immer dem Ökolandbau. Gemüse- und Getreidezüchter geben einen Einblick in Ihren Arbeitsalltag.

Zukunftstiftung Landwirtschaft, Postfach 10 08 29, 44708 Bochum, ☎ 0234-5797-141, Fax: -188, www.zs-l.de und www.saveourseeds.org.

### Achtung neu!

Anzeigen und  
Veranstaltungstipps  
bitte künftig an  
[anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de)  
Danke!

## Veranstaltungen

### Ökologische Landwirtschaft als interessante Alternative

14. bis 16. Januar 2005, Grünberg/Hessen (hier Schwerpunkt Gartenbau)

11. bis 13. Februar 2005, Ebermannstadt/Bayern

18.-20. Februar 2005, Bad Waldsee/Baden-Württemberg

04.-06. März 2005, Bielefeld/Nordrhein-Westfalen

Wochenendschulungen zum Ökolandbau im Rahmen des Bundesprogramms, die sich hauptsächlich an konventionelle Betriebsinhaber, Studierende und Azubis richten.

Anmeldung und Infos unter [www.oekolandbau.de](http://www.oekolandbau.de), Suchwort „Junglandwirte“ oder ☎ 0821-34680-0.

### AbL Heide-Weser zeigt Film:

#### Der Typ vom Grab nebenan

19. Januar 2005, Cine City Verden

Die Verfilmung des Romans „Der Kerl vom Lande“ ist in Schweden ein Hit. Bibliothekarin Desiree Wallin trifft auf einer Friedhofsbank auf den Landwirt Benny Söderström ... eine berührende, bisweilen lakonische, wahrhaftige Geschichte über die Generation der Über-30-Jährigen.

20.15 Uhr, ☎ 04233-669

### GMO FREE REGIONS

22. und 23. Januar 2005, Grüne Woche Berlin

Diese Tagung in englischer Sprache bringt Bauern, Aktivisten, Experten, Politiker, Wissenschaftler, Rechtsanwälte usw. aus den gentechnikfreien Regionen in Europa zusammen.

Anmeldung per E-mail: [conference@zs-l.de](mailto:conference@zs-l.de) oder ☎ 030-27590309, Benedikt Haerlin, Ilona Crüger, Zukunftstiftung Landwirtschaft, [www.zs-l.de/conference](http://www.zs-l.de/conference)

### 5. Umwelt-Film-Festival

23. und 24. Januar 2005, Lüneburg

Gezeigt werden prämierte Dokumentar- und Kurzfilme, die die Mechanismen des globalen Handelns mitsamt seinen Schiefen aufdecken, aber auch Filme, die die Schönheit der bedrohten Natur zeigen. Im Anschluss gibt es Gelegenheit zur Diskussion mit kompetenten Gesprächspartnern, z.B. am 23. um 20 Uhr „Leben außer Kontrolle“, akribisch recherchierte Dokumentarfilm zur Gentechnik, Diskussion mit Eckehard Niemann von der AbL.

im Scala, ☎ 04131-2243224, [www.scala-kino.de](http://www.scala-kino.de)

### Einführungskurs Ökologischer Weinbau

24. bis 27. Januar 2005, St. Ulrich

Kath. Landvolkshochschule St. Ulrich, 79283 Bollschweil, ☎ 07602-91010, Fax: -910190, [info@St-Ulrich-LVHS.de](mailto:info@St-Ulrich-LVHS.de)

### Was kommt nach der Käfighaltung?

25. Januar 2005, Grüne Woche Berlin

Das Verbot der Käfighaltung für Legehennen ab 2007 wird zu einer

zunehmenden Bedeutung alternativer Haltungsformen führen. Bisher sind diese aber wenig weiterentwickelt worden. Das mobile System stellen Max und Ines Weiland vor, das stationäre System Martin Steinmann (NEULAND und AbL) und Jan Hempler (Beratung tiergerechte Haltung). Zu den politischen Rahmenbedingungen diskutieren Bundesministerin Renate Künast (angefragt), Wolfgang Apel (Deutscher Tierschutzbund), Prof. Franz-Theo Gottwald (Schweisfurth-Stiftung), Prof. Edda Müller (Verbraucherzentrale Bundesverband), Angelika Zahrt (BUND).

15.00 bis 18.00 Uhr, ICC – Berlin, Saal 8, Kontakt: NEULAND e.V., Baumschulallee 15, 53115 Bonn, ☎ 0228-6 04 96-0, Fax: -6 04 96-40, [www.neulandfleisch.de](http://www.neulandfleisch.de)

### Direktvermarktertag

25. Januar 2005, Berching

Vermittelt werden Grundsätze erfolgreicher Präsentation mittels Praxisvorführung und Erfahrungsaustausch.

Anmeldung: Stefan Rettner, ☎ 09337-980031, Fax: -980032

### Workshop Hofladen

26. Januar 2005, Berching

Um den Hofladen wirtschaftlich zu betreiben, rechnet jeder Teilnehmer das Produktionsverfahren Hofladenvermarktung durch.

Anmeldung: Stefan Rettner, ☎ 09337-980031, Fax: -980032

### Existenzgründung

27. bis 30. Januar 2005, Bütthard-Oesfeld

Praktische Beispiele, Darstellung und Diskussion von Vorhaben der Teilnehmer.

Ländlichen Heimvolkshochschule Lauda, Tauberstrasse 9, 97922 Lauda, Tel. 09343-589190, Fax -613781, [www.LHVHS.de](http://www.LHVHS.de)

### Hofübergabeseminar

29. und 30. Januar 2005, Waldenburg-Hohebuch

Für Hofübernehmer, Hofübergabe und weichende Erben aus Vollerwerb- und Nebenerwerbsbetrieben.

Ländliche Heimvolkshochschule, 74638 Waldenburg-Hohebuch, ☎ 07942-1070, Fax: -10777, [www.hohebuch.de](http://www.hohebuch.de)

### Ökologische Schweinehaltung

31. Januar und 01. Februar, Petersberg bei München

Internationale Tagung zu Fütterung, Gesundheit, EG-VO, Haltung und Vermarktung von Ökoshweinen.

Bioland Bundesverband, ☎ 06131-239790, Fax: -2397927, [landbau@bioland.de](mailto:landbau@bioland.de)

### Thüringer Ökolandbau- Fachtagung

01. Februar 2005, Jena

Schwerpunkt Pflanzenbau und -zucht

Thüringer Ökoherz e.V., ☎ 03643-437128, Fax: -437102, [www.oekoherz.de](http://www.oekoherz.de)

## Auf zum AbL-Bauerntag in Sachsen

Freitag, den 11. Februar 2005, 10.30 bis 21.00 Uhr  
in der Dreikönigskirche, Hauptstr. 23 in Dresden-Neustadt

**"Mit bäuerlicher Landwirtschaft lebt der ländliche Raum!"**

Ländliche Wirtschafts-Entwicklung oder Förderung von Wirtschaft und Großstrukturen? mit **Bundesministerin Renate Künast BMVEL Berlin**

EU-Agrarreform und Perspektiven für bäuerliche Milchviehbetriebe mit **Staatsminister Stanislaw Tillich**

Gesprächsforen mit Experten zur Welthandelsrunde, zum Biomarkt und zur Gentechnikfreien Landwirtschaft

"Recht haben und Recht bekommen" - Diskussion über die aktuellen rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen in der ostdeutschen Landwirtschaft mit **Rechtsanwalt Dr. Thorsten Purps**

**Samstag, 12. Februar 2005:** Exkursion zu zwei Betrieben in Sachsen

*Beitrag: 30,- Euro (inkl. Mahlzeiten), Exkursion 10,- Euro, Anmeldungen und Infos:*

*AbL-Geschäftsstelle, Georg Janßen, Tel. 04131-407757, Fax: 04131-407758*

*Der Bauerntag wird unterstützt durch  
GAA e.V. und die Bundesarbeits-  
gemeinschaft Evangelische Jugend im  
ländlichen Raum*



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,  
E-Mail: info@abl-ev.de

**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,  
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Vorpommern:  
Franz Hinemann, Tel./Fax: 038331/80024; Brandenburg: Bernd Hüsgen,  
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,  
Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,  
Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361

**Heide-Weser:** Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

**Elbe-Weser:** Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, Tel.: 05865/1247

**Südnieders.:** Andreas Backfisch, Tel.: 05508/99989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400, Fax.: 038453/52131

**Vorpommern:** Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859

**Brandenburg:** Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif,

Tel.: 033204/35648, Fax.: 033204/35649; Bernd Hüsgen,

Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

### Hessen

**Mittelhessen:** Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995

**Nordhessen:** Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga,

Tel.: 05673/3540

### Rheinland-Pfalz

**Landesverband:** Quellenweg 6, 56288 Bell, Tel.: 06762/951170,

Fax: 06762/951191

**Regionalverband Eifel:** Brodenheck 13, 54634 Bitburg,

Tel.: 06561/6049300, Fax: 06558/900128

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 07352/8928,

Fax: 07352/941422

**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

**Nord-Württemberg:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

**Bodensee:** Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

**Allgäu:** Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

**Landesverband:** Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz,

Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de;

www.abl-bayern.de

**Regionalgruppe Pfaffenwinkel:** Wolfgang Taffertshofer,

Tel.: 08847/804,

**Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach:** Hans Urbauer,

Tel.: 08628/634, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635

**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039

**Franken:** Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

### Sachsen/Thüringen

**Landesverband:** Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,

Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 85,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 120,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 30,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 55,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

Nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Kontonr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

**M**it vierzehn war ich ein ganz harter Hund. Zwar nicht „hart wie Kruppstahl, zäh wie Leder“ – dieser Slogan war zwei Jahre zuvor abgelöst worden durch einen wunderbaren Pubertätssong von Extrabreit: „Ich bin hart wie Marmelade, ich bin zäh wie Himbeergelee“. Später im Lied geht es dann doch noch um die glänzende zweite Haut: „Meine Hose tut, als wär sie aus Leder“. Meine Kumpels und ich tranken Bier; alle außer mir rauchten wie die Schloten – ich konnte anstellen, was ich wollte, ich hustete davon. In unseren Gesichtern blühte die Akne, und wir hörten Hardrock, ließen den Pony wachsen, spuckten alle paar Meter cool auf den Bürgersteig, so dass die Zunge schon zwischen den Zähnen festgewachsen war. Wenn wir redeten, war jedes zweite Wort „Aller“; wir sprachen eine Art Werner-Comic-Dialekt; wir waren eben einfach hart wie Marmelade. Während wir nach der Schule auf den Bus warteten, versuchten wir, wenn Schnee lag, alten Männern mit Schneebällen die Hüte vom Kopf zu werfen. Lag kein Schnee, dann gingen wir zum Plöner See runter und vergifteten die gierigen Lachmöwen – Plöns Ratten der Lüfte – mit insektizidverseuchten Pommes. Sie lachten dann nicht mehr, nur wir lachten uns schlapp, wenn sie abstürzten. „Oh, Aller, guck ma, ey, voll die Stuka! Geil, ey!“ Wir waren zäh wie Himbeergelee. Doch alles änderte sich in der Adventszeit 1982. Es fing in einer ganz normalen Französischstunde an. Herr Schmok – so hieß unser Lehrer; wir nannten ihn Max-Oddo – brachte einen alten Mono-Radiorecorder mit in den Unterricht. Wir durften alle unsere Kerzen rausholen – mit Feuer spielen war immer cool – und dann hörten wir französische Weihnachtslieder: „Petit Papa Noel, quand tu descendras du ciel, avec des jouets pars milliers, n’oublie pas mon petit sou-

lier.“ „Och Aller, wo ist das Riff? Wo ist das Solo? Wieso kreischt der Sänger nicht?“ riefen wir, aber wir hörten die Kassette nochmal, und Max-Oddo sagte: „Wenn ihr wollt, dann versucht mal mitzusingen.“ Und er selber sang vor, dirigierte mit leichter Hand, sein Scheitel verrutschte, bald sah er aus wie ein Meisterdirigent, das silbergraue Haar flatterte ihm um den Schädel, und die ersten Mädels fing an mitzusingen. Bald erscholl auch der engelsgleiche Gesang jener Bräute, von denen wir was wollten, und leise, zaghaft, schamhaft zuerst, später mit wachsender Lautstärke und Begeisterung brummten wir mit und taten so, als läge der Stimmbruch schon hinter uns.



## Hart wie Marmelade

„Petit Papa Noel, quand tu descendras du ciel, Oh Aller, avec des jouets pars milliers, n’oublie pas mon petit soulier...“ Und Max-Oddo lächelte sein seliges Schweinebackenlächeln, von einem Ohr bis zum anderen, und in jeder Französischstunde bettelten

wir darum, wieder singen zu dürfen. Unsere harten Herzen wurden wieder weich, ganz allmählich, und nach zehn Mal „Le petit tambour“ (oder wie auch immer „Little Drummer Boy“ auf Französisch heißt) taten uns selbst die Möwen wieder leid. Das E605 ließ Hinschi jetzt wieder zuhause, in der Giftkammer des Gutshofes, und die verbliebenen Ratten der Lüfte kriegten am vorletzten Schultag vor Weihnachten eine Extraportion Pommes rot-weiß als Wiedergutmachung. Ohne Gift, versteht sich. Und als am letzten Schultag wie in jedem Jahr der Schulchor unten vor dem Lehrerzimmer Weihnachtslieder sang – und überall im dreistöckigen Schulgebäude saßen die Klassen bei offenen Türen und schwiegen und lauschten, und der glücklichmachende, vielstimmige Schall floss durch die Flure, kroch über die Treppen, strömte durch die Türen direkt in unsere Herzen, in mein Herz – da war meine marmeladenharte Phase mit einem Schlag vorbei, und eine einsame Träne kullerte mir das Pikelgesicht hinunter. Es sollte nicht die letzte gewesen sein.

Heute bin ich – wie man so sagt – nah am Wasser gebaut. Wegen jedem Bisschen flenne ich rum. Vorgestern vor Wut, weil die beschissene Frontladerforke sich nicht anbauen lassen wollte. Kurz danach vor Schmerz, weil ich die Forke getreten hab, und dabei tat ich mir verdammt weh. Gestern heulte ich vor Traurigkeit, weil ich hörte, dass wir im nächsten Jahr wieder weniger Bauern im Dorf haben werden. Und ich heule garantiert vor Rührung, wenn jetzt irgendeiner oder irgendeine den untenstehenden Abschnitt ausfüllt und abschießt. Ruft mich an – ich weine euch was vor! Versprochen!!

Matthias Stührwoldt

01/2005

## **unabhängige** bauernstimme: für Bauern mit Herz

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 36,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
 oder Fax 02381 / 49221**